

Diane Elson Markt-Sozialismus oder Sozialisierung des Markts?

Zusammenfassung: Sozialistische Marktwirtschaft und eine demokratisch selbstverwaltete Planwirtschaft werden weithin als alternative Formen sozialistischer Ökonomie gehandelt. Beide Formen werden einer tiefgreifenden und analytisch fundierten Kritik entzogen. Im Zentrum steht der Entwurf einer sozialistischen Gesellschaft, in der die Bürger nicht lediglich als Repräsentanten von Waren existieren. Der Weg in eine solche feministische, marktorientierte und dezentrale sozialistische Ökonomie ist die Vergesellschaftung von Kauf- und Verkaufakten und des Preisbildungsprozesses.

Für viele sozialistische Ökonomen, sowohl in kapitalistischen wie in Ländern des »real existierenden Sozialismus« sind die Vorzüge des Markts und die Mängel zentraler Planung inzwischen zu Allgemeinplätzen geworden¹. In letzter Zeit wurde mehrfach versucht, nichtmarktförmige Typen ökonomischer Koordination zu verteidigen, insbesondere durch Ernest Mandel (1986 und 1988; siehe auch Devine 1988a + b); aber in meinen Augen ist ihre Antwort auf die Befürworter des Marktsozialismus nicht völlig zufriedenstellend. In diesem Essay werde ich die Argumente diskutieren, wie sie von Mandel vorgetragen wurden, sowie auch die des wichtigsten Ziels seiner Kritik, Alec Nove. Ich teile Mandels Ansicht, daß es Noves gegenteiligem Argument zum Trotz eine Alternative zwischen Markt und bürokratischer Planung gibt. Ich versuche jedoch auf ganz anderen Pfaden einer Alternative näherzukommen. Mit Nove stimme ich darin überein, daß der Preismechanismus für eine sozialistische Ökonomie ein unverzichtbares Instrument der Koordination darstellt, bin aber der Meinung, er müsse sozialisiert werden, wenn er für statt gegen den Sozialismus arbeiten soll. Die Debatte zwischen Mandel und Nove handelt von der Möglichkeit einer Gesellschaft frei assoziierter Produzenten, in denen die Warenproduktion aufgehoben ist, weniger von der »Überführung in den Markt« des aktuell existierenden Sozialismus. Es ist notwendig zu erkennen, daß die Befürworter des Marktsozialismus den Markt als eine Form freier Assoziation betrachten; tatsächlich gehört dies zu den Hauptpunkten ihrer Argumentation. Der Markt kann nicht a priori abgetan werden; die Diskussion sollte sich besser der Frage zuwenden, ob die Bedingungen, die notwendig sind, damit der Markt angemessen als eine Form freier Assoziation funktionieren kann, tatsächlich aufrechterhalten werden können. Ebensowenig sollte die Diskussion vorzeitig abgeschlossen werden, indem Sozialismus als Fehlen der Warenproduktion definiert wird und die Warenproduktion als einfache Gleichsetzung von Kaufen und Verkaufen. Ich

will hier nicht in eine detaillierte Diskussion des Marxschen Konzepts der Ware und des Warenfetischismus eintreten. Ich vertrete einfach die Ansicht, daß der analytisch wertvolle Aspekt dieses Konzeptes in der Idee der Waren als »mit eigenem Leben begabte, untereinander und mit den Menschen in Verhältnis stehende selbständige Gestalten« liegt (vgl. Marx 1972, S. 86). Die Ware ist bei Marx nicht grundsätzlich ein Gut, das für Geld gekauft und verkauft wird. Sicherlich lassen sich Sätze finden, in denen die Ware nur diesen Sinn zu haben scheint, aber die Struktur der Marxschen Texte insgesamt legt etwas weniger Banales nahe. Der problematische Status der Ware leitet sich nicht von der bloßen Tatsache des Kaufs und Verkaufs ab, sondern aus der Tatsache des Kauf und Verkaufs unter Bedingungen, die es ihr ermöglicht, ein unabhängiges Eigenleben anzunehmen. Es ist diese Unabhängigkeit der Waren, die es zuläßt, daß eine soziale Beziehung zwischen Menschen die phantastische Form einer Beziehung zwischen Dingen annimmt: »Die Personen existieren hier nur füreinander als Repräsentanten von Ware und daher als Warenbesitzer.« (Marx 1972, S. 99 f.)

Eine solche Interpretation läßt die Möglichkeit offen, eine Gesellschaft zu schaffen, in der Güter für Geld ausgetauscht werden, aber kein unabhängiges Eigenleben besitzen; und in der Personen füreinander nicht lediglich als Repräsentanten von Waren existieren. Diese Möglichkeit, die nicht die Abschaffung, sondern die Vergesellschaftung von Kauf und Verkauf und des Preisbildungsprozesses erfordert, wird in Teil II dieses Essays behandelt werden. Teil I legt die Grundlagen durch eine Kritik der entscheidenden Punkte bei Nove und Mandel.

Obwohl dieser Essay von Formen der ökonomischen Koordination handelt, ist sein Ausgangspunkt weder der Markt noch der Plan, sondern die Produktion und Reproduktion der Arbeitskraft. In einer kapitalistischen Ökonomie liegt der rote Faden in der Produktion und Reproduktion des Kapitals; die Schöpferkraft der Menschen sowie der Ausdruck und die Entwicklung von Bedürfnissen werden dem Profitstreben untergeordnet. Der rote Faden einer sozialistischen Ökonomie muß in der Produktion und Reproduktion der Arbeitskraft liegen. Wenn ihr Priorität eingeräumt werden soll, sind Veränderungen in den Beziehungen zu den Produktionsmitteln und den Konsummitteln notwendig; eine Transformation am Arbeitsplatz und in den Haushalten; eine Veränderung in den Beziehungen zwischen Produzenten und Konsumenten. Der Prüfstein für die Beurteilung jeder besonderen Form der ökonomischen Koordination liegt in ihren Implikationen für den Prozeß der Produktion und Reproduktion der Arbeitskraft. Dies ist ein breiterer Ansatz als die traditionelle sozialistische Sicht, die sich auf die Arbeiter konzentriert und dazu tendiert, in erster Linie nach den Implikationen für die Arbeitskraft im bezahlten Arbeitsprozeß zu suchen. Dies ist sicherlich eine wichtige Dimension, und die Art, in der die Arbeitskraft benutzt wird, hat offensichtlich mächtige Auswirkungen auf die Anforderungen an ihre Reproduktion. Aber wie Feministinnen schon immer argumentierten: unbezahlte Arbeitsprozesse im Haushalt und der Gemeinschaft liegen im Kern der Produktion und Reproduktion der Arbeitskraft. Der Begriff Produzent muß eine weitere Bedeutung erhalten als bloß »Arbeiter an bezahlten Arbeitsplätzen« – eine Bedeutung, die die Tatsache berücksichtigt, daß jeder Produzent einmal ein Kind war und eines Tages erleben wird, daß

seine Arbeitskraft durch Krankheit und Alter eingeschränkt wird. Die Verteidiger der sozialistischen Planung haben weit mehr als die Befürworter des Marktsozialismus die Implikationen der Formen der Koordination für die Arbeitskraft betont, aber mit wenigen Ausnahmen neigten sie dazu, die Arbeitskraft sehr eng zu definieren.² Im Gegensatz dazu werde ich dem Haushalt eine zentrale Rolle zuweisen.

I. Noves Markt-Sozialismus und Mandels sozialistische Planung

Noves Befürwortung des Marktsozialismus³ erfolgt im Namen des Realismus: der real existierende Sozialismus ist an den Mängeln der zentralen Planung gescheitert, und die marxistische Tradition hat nur utopische oder offensichtlich fehlerhafte Leitlinien anzubieten. Die einzige mögliche Lösung liegt darin, die Rolle der zentralen Planung zu reduzieren und die Rolle des Marktes zu stärken.

Noves duale Ökonomie

In Noves Sicht ist die einzig realisierbare sozialistische Ökonomie eine doppelte Ökonomie: ein dominanter Sektor, der durch ein »System verbindlicher Weisungen von Planungsbehörden« (S. 44), und ein großer, wenn auch untergeordneter Sektor, der über Märkte organisiert ist. Das entscheidende Kennzeichen zur Unterscheidung einer solchen Ökonomie von einer kapitalistischen »gemischten Ökonomie« ist das Fehlen jeglichen umfassenden Privateigentums an Produktionsmitteln. Die Ökonomie besteht aus drei Typen von Unternehmen: Unternehmen im Staatseigentum, Kooperativen und Unternehmen in Einzelbesitz. Freiheit der Wahl und Demokratie hängen weitgehend vom Wirken des Markts und eines politischen Systems ab, in dem die Planer einer gewählten Versammlung verantwortlich sind. Die Umwandlung der sozialen und materiellen Produktionsbeziehungen wird in gewissem Ausmaß berücksichtigt, nicht aber Austausch, Distribution und Konsumtion. Abgesehen von der Befürwortung kleiner Firmen wird auf die Reorganisation der Arbeitsstrukturen kein großes Gewicht gelegt, und ganz unberücksichtigt bleiben die Beziehungen zwischen der Produktion von Gütern und Dienstleistungen und der Produktion und Reproduktion der Arbeitskraft.

Diese Vernachlässigung ist nicht nur für Nove typisch: die Diskussion der Organisation einer sozialistischen Ökonomie leidet fast immer unter dieser produktionszentrierten Voreingenommenheit. Sie beschäftigt sich mit der Umwandlung der Produktionsbeziehungen am Arbeitsplatz, findet jedoch keinen neuen Gedanken für die Beziehungen zwischen Produktion und Konsumtion, zwischen Arbeitsplatz und Haushalt, ebensowenig dafür, wie die Konsumtion und die Reproduktion der Arbeitskraft reorganisiert werden müssen. Ein feministischer Ansatz zur Frage der sozialistischen Ökonomie würde das Verhältnis der Produktion von Gütern und Dienstleistungen zur Reproduktion der Arbeitskraft absolut in den Mittelpunkt stellen. Dazu muß unter anderem neu überdacht werden, wie Haushalte Güter und Dienste von Or-

organisationen außerhalb beziehen, wer die Arbeit des Einkaufs erledigt, wer eine Wohnung besorgt, mit Schulen und medizinischen Diensten zu tun hat und so weiter, und durch welche Art sozialer und materieller Beziehungen diese Operationen einhergehen sollen. Nove läßt dies – ebenso wie die meisten Autoren zu diesem Thema – außer acht. In einem gewissen Ausmaß wird die Umwandlung der Produktion diskutiert, aber der Nexus zwischen Unternehmen und Haushalten bleibt entweder der Markt oder ein hierarchisches administratives System; und den Produktionsorganisationen bleibt die Initiative überlassen, über die Güter und Dienste zu bestimmen, die von Haushalten benutzt werden sollen.

Es gibt keinen Hinweis auf die Politik der Gebrauchswerte oder der öffentlichen Teilnahme an der Planung durch direkte Kooperation zwischen Produzentenorganisationen und Haushalten, die deren Produkte benutzen⁴. Nove legt wenig Wert auf Selbstorganisation an der Basis und mißtraut insbesondere der Rolle der Gewerkschaften, die als Hindernisse für notwendige ökonomische Reformen angesehen werden, in kapitalistischen ebenso wie in sozialistischen Ländern. Teilhabe an der Öffentlichkeit scheint sich für Mitglieder von Noves sozialistischer Gesellschaft auf Kaufen, Verkaufen und Wählen zu beschränken.

So betont Nove Konzept des Sozialismus das formale Eigentum und definiert sich in erster Linie in Begriffen eines *Fehlens* großer kapitalistischer Unternehmen. Die Vorteile, die er für seine Form einer sozialistischen Wirtschaft in Anspruch nimmt, sind Flexibilität, Effizienz, Freiheit der Wahl und eine Vermeidung der Exzesse sowohl des ungezügeltten Kapitalismus wie der ungezügeltten zentralen Planung⁵. Wie Mandel betont, beschäftigt sich Nove nicht mit der Frage, für wen Flexibilität, Effizienz, Wahlmöglichkeit bestehen. In einer kapitalistischen Wirtschaft nutzen sie alle dem Kapital. Effizienz bedeutet Effizienz der Profiterzielung: aus der Sicht der Arbeiterschaft kann sie *höhere* Kosten in Begriffen von Zeit und Mühe bedeuten, denn sogenannte Gewinne an Effizienz werden häufig dadurch erkaufte, daß Aufgaben von bezahlter auf unbezahlte Arbeit übertragen werden, oder durch eine Intensivierung der bezahlten Arbeit. Sie kann auch höhere Gesundheitsrisiken bedeuten, denn Gesundheits- und Sicherheitsmaßnahmen kosten Geld. Mandels Lösung gibt, wie wir sehen werden, den Bedürfnissen der Menschen bei der Produktion von Gütern und Diensten die Priorität und neigt dazu, die Bedürfnisse der Menschen außer acht zu lassen, die diese Güter und Dienste bei der Produktion und Reproduktion der Arbeitskraft benutzen. Wir müssen uns jedoch mit der schwierigen Tatsache vertraut machen, daß es – selbst ohne Privatunternehmen – eine gewisse Spannung gibt zwischen den Produzenten und den Nutzern eines Guts. Flexibilität, Effizienz und Wahlmöglichkeit für den Nutzer können Brüche, Stress und Unsicherheit für den Produzenten bedeuten. Eine zufriedenstellende Antwort muß einige Wege vorschlagen, wie mit diesen Spannungen umgegangen werden soll: dies ist das Wesen der Politik der Gebrauchswerte. Aber sowohl Mandel als auch Nove schlagen nur einseitige Antworten vor: Mandel vom Gesichtspunkt des Produzenten, Nove vom Gesichtspunkt des Konsumenten. Einen Gegensatz zwischen »Produzent« und »Konsument« zu postulieren, ist in jedem Fall künstlich, weil wir alle beides sind. Aber diese Erkenntnis löst noch

nicht die Spannung. In diesem Aufsatz werde ich diese Spannung in Begriffen der Interaktionen zwischen zwei verschiedenen Arten sozialer Institutionen diskutieren: Unternehmen und Haushalte. Beide befassen sich mit Kaufen und Verkaufen, denn Haushalte verkaufen Arbeitskraft und Unternehmen kaufen Arbeitskraft und andere Rohstoffe. Beide Institutionen haben daher einen »Konsumenten-« und einen »Produzenten-«Aspekt.

Nove bietet nur wenige detaillierte Argumente für die Diskussion darüber, was Märkte wirklich sind; wie sie im Kapitalismus funktionieren; wie sie im Sozialismus organisiert sein sollen. Aus den wenigen verstreuten Bemerkungen entsteht das Bild eines Systems »in freier Entscheidung ausgehandelter Verträge« (S. 44) oder des Aushandels zwischen Lieferant und Kunde. Zum Beispiel: »Die große Mehrheit der Güter und Dienste kann nur im Prozeß des Handels zwischen Lieferant und Kunde effektiv mit Preisen versehen werden, wobei der Handel detaillierte Spezifikationen des Lieferdatums, der Qualität und so weiter einschließt. Wir müssen natürlich erwarten, daß die produzierenden Unternehmen versuchen, Preise zu bestimmen; und Großhandels- und Einzelhandelsorganisationen werden versuchen, die Handelsspannen zu erzielen, die sie für angemessen halten, aber wenn keine Verknappung auftritt und die Möglichkeit der Wahl besteht, können sich die Käufer verweigern, woanders hingehen, feilschen. Mit anderen Worten, die Konkurrenz müßte den Mißbrauch der Produzentenmacht verhindern« (S. 210).

Ein unrealistisches Modell

Dieses »Verhandlungsmodell« ist keine realistische Beschreibung einer modernen Markt-Ökonomie, in der, wie unter Ökonomen weitgehend anerkannt ist, Festpreismärkte vorherrschen. Natürlich beschränken die Optionen der Käufer die Preisgestaltung – Firmen können nicht jeden Preis fordern, der ihnen gefällt. Aber während sich Käufer einem festgelegten Preis gegenübersehen, können Verkäufer die Preise bestimmen, und die Wahl der Preisstrategie ist eine spezialisierte Managementfunktion. Daher zum Beispiel handeln Haushalte im Normalfall die Preise nicht mit den Einzelhändlern aus; wenn sie feilschen können, zum Beispiel mit einer Baufirma oder einem Innenarchitekten, hängt die Fähigkeit, einen guten Preis zu erzielen, davon ab, ob sie ein beträchtliches Maß an Zeit und know-how einbringen können. Meistens kann die Wahl nur innerhalb einer vorausbestimmten Warenpalette zu vorausbestimmten Preisen getroffen werden, die die Haushalte lediglich annehmen oder ablehnen können, während Unternehmen große Mittel einsetzen können, um Haushaltsüberlegungen zu beeinflussen und die Kenntnisse der Haushalte von den Produkteigenschaften zu kontrollieren. Haushalte sind nicht in der Lage, spezialisierte Einkäufer zu beschäftigen, um zu garantieren, daß sie die beste Ware erhalten. Wie Joan Robinson (1972) argumentierte: »Niemand, der in der kapitalistischen Welt gelebt hat, läßt sich durch den Vorwand täuschen, das Marktsystem garantiere die Souveränität des Verbrauchers. Sozialistische Ökonomien müssen einen Weg finden, um sie zur Realität werden zu lassen.« Sie schlug weiterhin für eine sozialistische Ökonomie

vor: »Die größte Hoffnung scheint darin zu liegen, eine Klasse von Funktionären zu entwickeln, die die Rolle von Großhändlern spielen, deren Karriere und Selbstachtung davon abhängt, die Verbraucher zu befriedigen. Sie können über die Läden mit der Nachfrage vertraut bleiben, und die Marktforschung, die in der kapitalistischen Welt herausfinden soll, wie die Hausfrau über den Löffel zu balbieren ist, könnte herausfinden, was sie wirklich braucht; den Herstellern könnten Gestaltungs- und Qualitätsnormen auferlegt werden und die Produktpalette würde gestaltet, indem die Aufträge so plaziert würden, daß sie zwischen der Ökonomie der großen Zahl und der Vielfalt des Geschmacks das Gleichgewicht halten.«

Robinson gehört zu den wenigen Ökonomen, die berücksichtigt haben, daß die Reorganisation des Einkaufens dem sozialistischen Prozeß ebenso angehört wie die Reorganisation der Produktion. Die Bedeutung ihres Kommentars liegt nicht in ihrer besonderen Lösung sondern in der Erkenntnis, daß die Veränderung der Beziehung zwischen Haushalten und Produktionsprozeß einen entscheidenden Aspekt des Sozialismus darstellt. Nove nimmt ihren Ansatz nicht zur Kenntnis und macht auch keine eigenen Vorschläge, wie die Verhandlungsmacht der Haushalte gegenüber den Lieferanten verstärkt werden könnte, weil er sich auf den »Wettbewerb« verläßt, der dieses Problem lösen soll. Aber was genau meint er mit Wettbewerb? Es ist lehrreich, das von ihm angeführte Beispiel zu betrachten: »Nehmen wir an, es gebe sechzehn oder mehr Firmen (sozialisiert und kooperativ), die mit der Herstellung bestimmter Güter oder Dienstleistungen befaßt sind. Nehmen wir an, es handele sich um wollene Tuche, um Zahnpasta, Kugellager, Ferienhotels oder was auch immer. Sie gründen ihre Produktion auf die Verhandlungen mit ihren Kunden. Die letzteren können wählen, von wem sie die Güter oder Dienstleistungen beziehen, die sie brauchen. Alle können sich von *ihren* Lieferanten beliefern lassen, die *sie* auswählen, mit dem Input, der für die Produktion gebraucht wird. Sie haben ein Eigeninteresse, den Verbraucher zufriedenzustellen, und daher sind keine besonderen Maßnahmen erforderlich, um dies zu garantieren (abgesehen von »normalen« Bestimmungen über Reinheit von Lebensmitteln, Verbot von Verfälschungen, korrekte Etikettierung etc.)« (S. 204).

Dies ist eine sehr idealisierte Sicht des Wettbewerbs: Standardprodukte: die implizite Annahme ausreichender Kenntnisse und Verhandlungsfähigkeiten auf Seiten aller Käufer; keine Differenzierung zwischen Endverbrauchsgütern wie Zahnpasta und Halbfertigwaren wie Kugellagern – sowie, am wichtigsten, kein Wort zur Dynamik des Wettbewerbs. Es wird impliziert, der glückliche Zustand von sechzehn Herstellern, die miteinander um Kunden konkurrieren, indem sie die Preise niedrig und die Qualität hoch halten, werde über längere Zeit anhalten. Es werden keine räuberischen Formen des Wettbewerbs berücksichtigt wie: Fusionen, Übernahmen, Strategien zur Vernichtung von Konkurrenten, Maßnahmen zur Reduzierung des Wettbewerbs durch Absprachen unter den Lieferanten. Die Dynamik der Zentralisation und Konzentration auf Wettbewerbsmärkten, die Marx, Schumpeter, Kalecki und viele andere betonten, kommt überhaupt nicht vor. Konkurrenz wird als Antithese zum Monopol behandelt, nicht als potentieller Schöpfer des Monopols; als ein Prozeß, der die Macht der Unternehmen eher kontrolliert als vergrößert.

Noves idealisierte Vorstellung ist vielleicht keine Überraschung, wenn man bedenkt, daß er sein ganzes Leben lang die Wirtschaften Rußlands und Osteuropas erforscht hat, in denen Märkte und Wettbewerb weitgehend fehlten⁶. Das Bild, das sich aus empirischen Studien kapitalistischer Ökonomien ergibt, sieht allerdings ganz anders aus. Es gibt genug Hinweise auf Zentralisation und Konzentration; dies bedeutet überhaupt nicht, daß kleine Firmen ausgeschaltet würden, sondern daß große Firmen vorherrschen, während kleine Firmen als Zulieferer auftreten. Die bei US-Firmen beobachtete offensichtliche Stabilität im Verhältnis von Wertschöpfung (Umsatz minus Einkäufe von anderen Firmen) zu Umsätzen (vgl. Auerbach/Desai/Shamsavati 1988) widerspricht dem nicht: Firmen sind tatsächlich aktiv im Handel mit anderen Firmen tätig. Aber ein großer Teil davon ist kein Handel über unpersönliche Märkte: es handelt sich eher um Handel zwischen einer großen »Kern«-Firma und ihrer Peripherie untergeordneter Zulieferer. Konzentration und Zentralisation ist sicherlich ein dynamischer Prozeß; sich darauf zu beziehen, bedeutet noch nicht, die analytische Idee des »Monopolkapitalismus« und einer Tendenz zur Stagnation zu teilen. Es schließt auch nicht aus, daß neue Firmen in besonderen Marktsegmenten den Wettbewerb aufnehmen. Amstrad kann IBM auf dem Markt für Personalcomputer tatsächlich herausfordern – aber nur, indem sich Amstrad technischen Normen anpaßt, die von IBM gesetzt wurden. Kein einzelner Unternehmer, so dynamisch er sein mag, kann hoffen, IBM auf dem Gebiet der Großcomputer herauszufordern.

Verdrängungswettbewerb, der zu Zentralisation und Konzentration führt, bedeutet, daß die Bedingungen der Produktion und Reproduktion der Arbeitskraft mehr und mehr von den Akkumulationsstrategien großer Firmen bestimmt werden, und daß der Unterschied zwischen Haushalten und Unternehmen immer größer wird. Es fällt der Mehrheit der Haushalte immer schwerer, etwas anderes als ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Wenn die Funktion der zentralen Behörden darauf beschränkt werden soll, die »normalen Bestimmungen« zu erlassen, innerhalb deren Rahmen Preise und Mengen durch die private Interaktion zwischen Käufern und Verkäufern festgelegt werden – was soll die Produktionsunternehmen hindern, die Interessen der Haushalte als Verbraucher und als Verkäufer von Arbeitskraft zu dominieren? Noves »machbarer Sozialismus« ist utopischer, als er auf den ersten Blick erscheint.

Die Vernachlässigung der Märkte als Institutionen und Prozesse

Nove steht in der Debatte über sozialistische Ökonomie nicht allein, wenn er wenig darauf achtet, was ein Markt tatsächlich ist und wie Märkte wirklich funktionieren. Die umfangreiche Literatur über die Theorie ökonomischer Koordination und über Pläne contra Märkte betrachtete meistens die Märkte nicht als soziale und materielle Institutionen.⁷ Stattdessen wird eines oder mehrere von drei beliebten Bildern beschworen: Noves Verhandlungsmodell; eine Auktion, in der Käufer oder Verkäufer gegeneinander bieten; und ein durch Makler organisierter Markt, auf dem ein Makler Mengen zu vorgegebenen Einkaufs- und Verkaufspreisen anbietet, für diejenigen, die zu diesen Preisen handeln wollen. Aber diese Bilder sind völlig gegenstandslos. Die

Tatasache, daß Märkte zu ihrem Funktionieren Ressourcen benötigen, wird nur selten in der Debatte über die Koordination ökonomischer Systeme berücksichtigt⁸. In scharfem Gegensatz dazu gingen die für die sozialistische Planung erforderlichen Ressourcen als Gegenargument immer in die Debatte ein. Die hohen Zahlen an Verkaufspersonal, Marktexperten, Werbefachleuten, Maklern etc., die für den Betrieb von Märkten erforderlich sind, wurden gewöhnlich ignoriert⁹, ebenso wie die Zahl der Angestellten, die mit Planungstätigkeiten innerhalb der Unternehmen selbst befaßt sind.¹⁰ So behauptete beispielsweise Hayek (1937) die Effizienz bei der Produktion von Information als einen entscheidenden Vorteil der Markt- gegenüber der Planwirtschaft. Wie jedoch Helm betont, ging Hayek implizit davon aus, der Markt liefere Informationen kostenlos. Aber Auktionatoren, Makler und Verkaufspersonal müssen essen – ihre Tätigkeit setzt Ressourcen voraus. Sie verfügen nicht über perfektes Wissen; sie müssen Informationen sammeln. Zu häufig wird die Behauptung der Überlegenheit der Marktwirtschaft gestützt auf einen Vergleich zwischen einem Marktsystem mit exogenen oder kostenlos vorgegebenen Preisen und einer Planwirtschaft mit einer Vielzahl sichtbarer Verwaltungskosten; und die Frage, wie Märkte genau arbeiten, wurde nicht gestellt.

Ein Markt ist eine Geldverbindung zwischen Käufern und Verkäufern, aber diese Verbindung existiert nicht einfach, sie muß hergestellt werden. Ein Markt impliziert einen oder mehrere Agenten, die den Markt in Gang setzen, Preise festlegen und Information über Angebot und Nachfrage liefern, Käufer und Verkäufer zusammenbringen. In der Walrasschen Theorie des allgemeinen Gleichgewichts, die das Denken sowohl der Sozialisten wie der Liberalen über die ökonomische Koordination beherrscht hat, ist der Marktgründer ein »geisterhafter« Auktionator, der außerhalb des ökonomischen Prozesses steht und keine Profite anstrebt. Die österreichische Schule, der Hayek angehört, vertritt eine realistischere Haltung und sieht Märkte als das Werk profitusuchender Agenten, Unternehmer, Kaufleute und Finanziers. Aber alle berücksichtigen kaum die Tatsache, daß die Schaffung von Märkten bedeutet, die Mittel des Handels zu kontrollieren, wie etwa Kredit, Kommunikation, Transport, Lagerhaltung und Information.

In einer kapitalistischen Wirtschaft sind Märkte in erster Linie privat, in dem Sinne, daß die erforderlichen Handelsmittel weitgehend von profitanstrebenden Unternehmen kontrolliert werden. Sicherlich greift die Regierung in die Märkte ein, mit Regierungsbestimmungen und Anweisungen, und die Regierung stellt auch einen Teil der Infrastruktur bereit, die für den Handel gebraucht wird, wie z.B. Straßen. Aber die Intervention und Regulierung will lediglich die Bedingungen beeinflussen, unter denen die kapitalistischen Unternehmen ihre Macht zur Schaffung von Märkten ausüben, sie überläßt den Marktgründern enorme Möglichkeiten, ihnen auszuweichen und »die Regulierung zu übernehmen«, wodurch die staatliche Agentur, die nach außen den Markt reguliert, stattdessen zu einem Anwalt der Marktgründer wird.

In der Diskussion über die Überführung des Sozialismus in den Markt wird häufiger empfohlen, die Schaffung von Märkten sich selbst finanzierenden Unternehmen zu überlassen, die die Kosten der Marktgründung durch Verkäufe einbringen müssen.

Ein solcher Markt ist ebenfalls privat in dem Sinne, daß er von einzelnen Unternehmen nach Kriterien geschaffen wird, die ihren individuellen Gewinn erhöhen. Die Preise werden auf derartigen privaten Märkten (kapitalistisch oder sozialistisch) von besonderen Agenten festgesetzt, von Preisbildnern. Andere Agenten auf dem Markt reagieren auf diese Preise, sie sind Preisnehmer. Die Märkte werden betrieben, um die festgelegten Preise zu veröffentlichen; und die Reaktionen der Preisnehmer entscheiden darüber, ob die vorgegebenen Preise gehalten werden können. Die Festlegung von Preisen auf solchen Märkten impliziert nicht notwendigerweise die ständige Fluktuation der Preise. Manche Märkte, wie Finanz- oder Rohstoffmärkte, leisten der Fluktuation der Preise Vorschub. Aber die Märkte für die meisten Herstellungsgüter zeichnen sich durch Preislisten aus, die von Zeit zu Zeit geändert werden, aber sicherlich nicht täglich (Festpreismärkte).

Preise können nur dann nützliche Signale liefern, wenn die Entscheidungsträger sich ein Bild machen können, ob ein bestimmtes Preisniveau »normal« ist oder nicht. Wird es als »abnorm« betrachtet, soll es nicht beibehalten werden und entsprechende Maßnahmen werden eingeleitet. Marktinstitutionen haben die wichtige Funktion, Normen festzulegen: gewöhnlich wird der Handel strukturiert, Informationen werden von einer begrenzten Zahl von Marktgründern derart ausgewählt und veröffentlicht, daß sie die Bildung von Preiserwartungen und -normen unterstützen. Daher erfüllt die Preisfestlegung durch eine begrenzte Zahl von Marktgründern die nützliche Funktion, Preis»normen« festzulegen, ohne die Entscheidungen in einer unsicheren Welt überaus schwierig würden. Aber die Erfüllung dieser nützlichen Funktion gibt den Preisbildnern überproportionalen Einfluß auf das Geschehen: reale historische Prozesse sind »pfadabhängig« und die Preisbildner sind bei der Festlegung der Ausgangspunkte initiativ. Wie Lachmann es ausdrückt: »Es macht durchaus etwas aus, wer die Preise festlegt und wer sie akzeptiert.« Der Prozeß der Produktion und Reproduktion der Arbeitskraft ist natürlich in erster Linie ein Prozeß der Akzeptierung vorgegebener Preise.

Kritiken des Marktes

Mandels Alternative sowohl zum Markt wie zur zentralen Planung schließt ein System der »artikulierten Selbstverwaltung der Arbeiter« ein, das ein dezentralisiertes, nicht vom Markt abhängiges System der Koordination liefern soll. Während ich mit Mandel darin übereinstimme, daß eine sozialistische Ökonomie darauf abzielen sollte, über die Marktkoordination hinauszugehen, und daß es dezentralisierte Möglichkeiten dazu gibt, ist seine Lösung zutiefst unbefriedigend. Die zentrale Schwäche von Mandels Ansatz liegt darin, daß er nicht nur die Märkte ablehnt, sondern auch die Preise. Ich werde argumentieren, daß eine dezentralisierte sozialistische Ökonomie einen dezentralisierten Preismechanismus braucht, aber daß dies nicht die Preisbildung durch private Märkte impliziert (d.h. nicht impliziert, daß Preise von Unternehmen bestimmt werden, die als Marktgründer auftreten).

Was ist also falsch an der Markt-Koordination? Einige der gebräuchlichsten Argumente lauten, sie bedeute Produktion um des Profits willen statt zur Befriedigung von

Bedürfnissen; sie sei die Antithese zur Kooperation; sie sei unpersönlich und »blind«; sie solle die Arbeiter disziplinieren; und sie führe zu ökonomischer Instabilität, weil sie keine Möglichkeit vorsehe, vorher zu erkennen, ob die produzierten Waren auch verkauft werden. Aber solange solche Argumente nicht sehr viel sorgfältiger ausgearbeitet werden, fällt es Verteidigern des Marktes leicht, sie zu widerlegen.

Die Marktkoordination, so argumentieren ihre Verteidiger, führt zur Befriedigung von Bedürfnissen, weil sie die freie Wahl des Verbrauchers erlaubt. Die Profitabilität ist ein Indikator für das Ausmaß, in dem die Produktion den Bedürfnissen gerecht wird. Natürlich sind die befriedigten Bedürfnisse diejenigen, hinter denen die notwendige Kaufkraft steht, aber wenn das Problem darin bestehe, daß arme Menschen ihre Bedürfnisse auf dem Markt nicht ebenso befriedigen können wie reiche, dann liege die Lösung darin, die Verteilung der Kaufkraft durch Besteuerung und Zuschüsse zu beeinflussen und durch Veränderungen im Eigentum an den Produktionsmitteln, nicht aber in der Abschaffung des Marktes. Die Marktkoordination, wird behauptet, erleichtere die Kooperation und Gegenseitigkeit, weil sie den gemeinsamen Interessen der Käufer und Verkäufer am Abschluß eines Handels gerecht wird.¹¹

Die Unpersönlichkeit der Marktkoordination kann als Vorteil begriffen werden, als Verteidigung der persönlichen Freiheit und als Bollwerk gegen die personalisierte Tyrannei. Die Verteidiger werden darauf hingewiesen, daß jeder dezentralisierte Entscheidungsmechanismus insoweit »blind« ist, als das Ergebnis nicht bewußt von den Teilnehmern gewollt wird, sondern sich aus der Aggregation ihrer individuellen Entscheidungen ergibt. So wählt bei einer Abstimmung jeder Wähler »seinen« Kandidaten, aber das Ergebnis ist das Resultat des »blinden« Wirkens der besonderen Aggregationsmethode. Es wird das Bedürfnis in jedem ökonomischen System betont, die Arbeitsdisziplin aufrechtzuerhalten, ebenso die Möglichkeit eines Mißverhältnisses von Angebot und Nachfrage in jeder komplexen Ökonomie. Es komme, wird es heißen, nicht darauf an, ein solches Mißverhältnis zu vermeiden, sondern es mittels eines angemessenen Mechanismus zu korrigieren. Der Markt sei ein guter Anpassungsmechanismus, wird behauptet, darin sah tatsächlich Adam Smith den entscheidenden Vorteil der »unsichtbaren Hand«, Smith wollte allerdings auch nicht Paretos statisches optimales allgemeines Gleichgewicht erzielen, das unter den neoklassischen Ökonomen des zwanzigsten Jahrhunderts die Diskussion des Marktes als eines Koordinationssystemes mehr und mehr dominierte, sondern eine Neuverteilung der Ressourcen in der richtigen Richtung, wenn sich die Bedingungen von Angebot und Nachfrage veränderten.¹² Wenn der Anpassungsmechanismus des Marktes zu langsam funktioniert, wird man sagen, läßt sich den resultierenden makroökonomischen Problemen der Arbeitslosigkeit oder Inflation nur mit einer geeigneten fiskalischen und monetären Politik beikommen, ergänzt durch Interventionen, um die Geschwindigkeit des Anpassungsmechanismus zu erhöhen. Daher werden die Verteidiger des Marktes schließen, sei keiner der Einwände durchschlagend. Sozialisten sollten sich der Vorteile des Marktes als eines Instruments bedienen, das dezentralisierte und flexible Entscheidungen zuläßt, und das die Individuen dazu motiviert, dem öffentlichen Interesse durch die Verfolgung ihrer eigenen Interessen zu dienen.

Entscheidungsfindung und Märkte

Sozialisten sollten tatsächlich die progressiven Aspekte der Marktkoordination erkennen. Marx hat das offensichtlich getan: seine Schriften enthalten Passagen, die fast als Lobeshymnen darauf gelesen werden können, wie die Märkte die Fesseln der persönlichen Abhängigkeit sprengten, die für den Feudalismus kennzeichnend war, und allgemein die Anerkennung der Art, wie Märkte gegenseitige Bedürfnisse befriedigen können. Aber Marx betonte auch, daß Märkte nicht einfach Instrumente der Freiheit und Agenturen der Kooperation zwischen Individuen sind; selbst idealisierte Märkte, wie Nove sie sieht, können ihrerseits Macht über Individuen ausüben, eine Macht, die Marx als den »Warenfetisch« bezeichnet und die im öffentlichen Diskurs als »Marktkräfte« in Erscheinung treten.

Diese Macht tritt auf, weil Märkte den Entscheidungsprozeß nicht einfach dezentralisieren; sie atomisieren ihn. Denn im grundlegenden Marktverhältnis, der Geldverbindung, ist jede Einheit im Entscheidungsprozeß von jeder anderen Entscheidungseinheit abgetrennt und nur mit den Mengen und Preisen der Waren verknüpft. (Dies gilt, ob der Entscheidende Preise festlegt oder akzeptiert.) Aber selbst wenn Käufer und Verkäufer durch die Institutionen des Markts nicht physisch getrennt werden, sind sie nichtsdestoweniger in dem Sinne voneinander isoliert, daß der Marktmechanismus als solcher, die Geldverbindung, individuellen Kaufs- und Verkaufseinheiten keine direkte Information über die Absichten und Werte anderer liefert. Jeder muß für sich handeln, in Unkenntnis der Absichten anderer, und er muß darauf warten, daß die Entscheidungen anderer sich durch die Änderung von Preisen und Mengen äußern. Individuelle Einheiten haben unter diesen Umständen vorher kaum Grundlageninformationen darüber, welchen Einfluß, wenn überhaupt, ihre Entscheidung auf das Gesamtergebnis haben wird. (Dieses Problem wird in der ökonomischen Diskussion häufig dadurch vermieden, daß angenommen wird, der Entscheidende sei marginal – d.h., die Entscheidung jedes einzelnen habe keine Auswirkung auf das Ergebnis des Marktes.) Die Bedeutung der individuellen Entscheidungen für das Gesamtergebnis wird erst hinterher offensichtlich, wenn Preise und Mengen von Gütern und Beschäftigung sich verändert haben. Nur durch die Veränderungen der Preise und produzierten Mengen erfolgt die Neuverknüpfung zwischen den verschiedenen Entscheidungsträgern: »Die Verhältnisse der Produzenten ... erhalten die Form eines gesellschaftlichen Verhältnisses der Arbeitsprodukte« (Marx 1972; S. 86). Man vergleiche dies mit der Entscheidung in einem Ausschuß oder einem Team, wo jeder Teilnehmer sich über die Absichten und Präferenzen der anderen Teilnehmer vergewissern kann, bevor eine Entscheidung fällt.

Die Isolierung der Entscheidungsträger bedeutet, daß für jeden die Frage lautet: was soll ich tun, um meine Interessen am besten zu verfolgen, wenn ich den gegenwärtigen Preis und die Verfügbarkeit von Waren kenne, aber nicht weiß, was andere tun wollen und tun würden? Die Antwort ist nicht notwendigerweise die gleiche, die auf eine ganz andere Frage gegeben würde – was soll ich tun, um meine Interessen am besten zu verfolgen, wenn ich die gegenwärtigen Preise und Verfügbarkeit von Waren kenne

und auch weiß, was andere tun wollen und tun würden? Dies ist der Kern des »Isolations-Paradoxes«, das eine Grundlage für die Diskussion individuierter und kollektiver Entscheidungsfindung in der gegenwärtigen Wohlfahrtsökonomie geliefert hat.¹³ Es tritt auf, weil die Entscheidungen, die jeder von uns als angemessen für uns betrachtet, nicht unabhängig sind von den Entscheidungen, die andere zu treffen beabsichtigen, wenn die erzielte Befriedigung aus der Entscheidung jedes einzelnen von den Entscheidungen anderer abhängt. Der Marktmechanismus liefert uns keine direkten Informationen über die Absichten, Wünsche und Werte, er liefert nur Informationen über das Ergebnis von Entscheidungen, die in Unkenntnis getroffen wurden. Der Marktmechanismus kann insoweit als »blind« beschrieben werden, weil er unsere Unkenntnis nicht behebt. Marx' Theorie vom Warenfetisch, der Ökonomen häufig als einer seiner dunkelsten Begriffe erscheint, kann als dramatische Metapher für das Isolationsproblem gelesen werden – »das bestimmte gesellschaftliche Verhältnis der Menschen selbst, welches hier für sie die phantasmagorische Form eines Verhältnisses von Dingen annimmt« (Marx 1972; S. 86). Auf Märkten können Entscheidungsträger keine direkte Verbindung mit den Wünschen, Hoffnungen und Werten anderer herstellen. Stattdessen werden die Wünsche, Hoffnungen und Werte anderer in Marktpreise und Mengen übersetzt, die mit Naturkraft zu wirken scheinen, und denen sich jede Entscheidungseinheit anpassen muß – ohne jede Gelegenheit zu kollektiver gesellschaftlicher Reflexion und Diskussion, die zu einer anderen Entscheidungsfolge führen könnte. Marktergebnisse werden so als ein externer zwingender Druck empfunden, dem sich Individuen anpassen müssen, und Marktprozeduren bieten keine Kanäle für Entscheidungsträger, ihre Wahl vor der Entscheidung noch einmal zu überdenken, noch sich gemeinsam mit anderen über Veränderungen der Ziele zu beraten.

Dieses Problem bleibt außer acht, wenn angenommen wird, es gebe keine gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen der Befriedigung, die eine individuelle Entscheidung hervorruft, und den Entscheidungen anderer. Solche gegenseitigen Abhängigkeiten gelten in der ökonomischen Theorie häufig als unwichtige Sonderfälle. Umwelttheoretiker haben uns gezeigt, wie alles durchdringend gegenseitige Abhängigkeiten sind, aber sie neigen dazu, sich auf physikalische Interdependenzen zu konzentrieren, wie Luftverschmutzung oder Verkehrsstaus. Paretos Wohlfahrtsökonomie – der Rahmen, an dem Ökonomiestudenten typischerweise lernen, die Stärken und Schwächen des Marktmechanismus zu beurteilen – ist bereit, die Intervention der Regierung auf Märkten zu berücksichtigen, die auf Probleme wie Luftverschmutzung abzielt. Sie will jedoch nicht einen anderen Typ gegenseitiger Abhängigkeit anerkennen, der nicht aufgrund fehlender Märkte entsteht (der Grund für Interdependenzen wie Luftverschmutzung), sondern wegen des Ungleichgewichts jedes realzeitlichen Marktprozesses (selbst eines zukünftigen Marktes), in dem Individuen isoliert entscheiden müssen, und zwar zu einem bestimmten Zeitpunkt vor der Kenntnis der Folgen dieser Entscheidungen. In der Zeit zwischen der Entscheidung und dem Auftreten ihrer Folgen können aufgrund der intervenierenden Entscheidungen anderer viele Veränderungen auftreten, die sich auf den Gewinn auswirken. Solche Interdependenzen

durchdringen Personal- und Investitionsentscheidungen, aber der Marktmechanismus bietet keine Möglichkeit, diese wechselseitige Abhängigkeit auszudrücken.¹⁴ Wenn es gegenseitige Abhängigkeiten zwischen den Entscheidungen verschiedener Menschen (oder Gruppen von Menschen) gibt, dann bestehen selbst unter dem Aspekt der Eigeninteressen starke Argumente für öffentlichkeitswirksame Entscheidungsprozesse¹⁵. Es ist für jeden Entscheidungsträger selbstzerstörerisch, nur das eigene Interesse zu verfolgen, nur den unmittelbaren Gewinn, und nicht auch die Auswirkungen seiner Wahl auf andere und auf das Funktionieren von Institutionen zu berücksichtigen. Der Markt ermöglicht jedoch keine Entscheidung im Interesse der Öffentlichkeit und zeigt praktisch sogar die Tendenz, sie zu unterminieren.

In Marktwirtschaften finden sich die Entscheidungsträger tatsächlich nicht mit ihrer Atomisierung und dem Fehlen direkter Information über die Absichten anderer ab. Wie Marx in den »Grundrissen« feststellte: »Gleichzeitig mit der Entwicklung dieser Entfremdung, auf ihrem eigenen Boden, wird versucht, sie aufzuheben; Preiscourantlisten, Wechselkurse, Verbindungen der Handelstreibenden untereinander durch Briefe, Telegraphen etc. (die Kommunikationsmittel wachsen natürlich gleichzeitig), worin jeder einzelne sich Auskunft über die Tätigkeit aller andren verschafft und seine eigene danach auszugleichen sucht.« Es bilden sich Verbände; Entscheidungsträger tauschen die Informationen über ihre Pläne bei Geschäftsessen aus, Märkte werden von einem ganzen Netz von dem Markt nicht unmittelbar zugehörigen Kontakten umgeben, die nicht durch Geld vermittelt werden. Dennoch sind Ausmaß und Qualität des kooperativen Austauschs von Informationen, die der Geldnexus nicht liefern kann, durch die Suche nach Vorteilen im Wettbewerb eingeschränkt; zumindest einige Befürworter des Marktsozialismus erkennen dies an.¹⁶ Der Informationsfluß wird fragmentiert; es fehlt der offene Zugang zu Informationsnetzen; Ressourcen werden verschwendet, wenn wegen der Geheimhaltung Informationen doppelt gesammelt werden müssen. Oder, um die Marxsche Ausdrucksweise in den Grundrissen zu verwenden, die kooperativen Versuche zur Aufhebung der Entfremdung des Marktes transzendieren in einer Marktökonomie nicht diese Entfremdung; sie wird vielmehr von ihr begrenzt. So berühren Marktergebnisse die Individuen weiterhin als externe Kräfte.

Der Prozeß der Anpassung und die Produktion und Reproduktion der Arbeitskraft.

Ob die Marktkräfte mit Besorgnis zu betrachten sind, hängt ab von den Überzeugungen über die Leichtigkeit und Stabilität der Anpassung, bzw. von der Möglichkeit von Alternativen zu der atomisierten Koordination der Märkte. Ist es für Individuen verhältnismäßig leicht, ihre Käufe und Verkäufe in Reaktion auf veränderte ökonomische Bedingungen stabilisierend anzupassen, und besitzen sie eine Vielzahl attraktiver Optionen, dann gibt es nicht viel Grund zur Sorge über die Zwänge des Marktes. Die Befürworter des Marktes neigen zu dem Glauben, bei ungehindertem Funktionieren des Marktes sei die Anpassung verhältnismäßig einfach, obwohl dieser Überzeugung durchaus nicht eine einheitliche Theorie zugrundeliegt. Zum Beispiel bringt die

Walrassche Theorie des allgemeinen Gleichgewichts (die intellektuelle Grundlage der neo-klassischen Ökonomen) die beruhigende Annahme zum Ausdruck, Individuen könnten ihre Pläne zu Produktion oder Konsum den Preissignalen anpassen, *bevor* sie tatsächlich kaufen und verkaufen und Ressourcen in die Produktion lenken. Ihre wiederholte Reaktion auf wechselnde Preissignale verrät ihre Präferenzen, wodurch sie das Problem ihrer Unkenntnis von den Absichten der anderen überwinden. Die Annahme lautet, der Markt verhalte sich so, als sei er von einem (kostenlosen) Auktionator koordiniert. Wenn der Markt öffnet, ruft der Auktionator eine Reihe willkürlicher Preise aus, und die Teilnehmer am Markt entscheiden, was sie zu diesen Preisen kaufen oder verkaufen wollen. Sie geben diese Information (kostenlos) an den Auktionator, der dann eine neue Reihe von Preisen ausarbeitet, niedriger für Waren, die massenhaft angeboten werden, und höher für diejenigen, für die große Nachfrage besteht. Jeder entscheidet dann wieder, was er kaufen und verkaufen will, und das setzt sich fort, bis ein Preisniveau erreicht ist, das den Markt befriedigt, indem es Angebot mit Nachfrage gleichsetzt. Nur dann finden Käufe und Verkäufe tatsächlich statt. So werden die Probleme vermieden, die mit den aufeinanderfolgenden atomisierten Entscheidungen verbunden sind: der Auktionator koordiniert die Entscheidungen, und die tatsächlichen Käufe und Verkäufe finden gleichzeitig und nicht nacheinander statt. Die Produktion findet nur statt, sobald sich jeder darüber klar ist, mit welchen Konsequenzen die Pläne behaftet sind. Der damit implizierte Anpassungsprozess ist ein fiktiver Prozess, der außerhalb der realen Zeit stattfindet.¹⁷

Die österreichische Schule (Menger, von Mises, Hayek und ihre modernen Nachfolger, wie Lachmann und Kitzner) malte ein handfesteres Bild, in dem eher der Unternehmer als der Auktionator die Heldenrolle spielt. Die Anpassung erfolgt nacheinander, nicht gleichzeitig, und findet durch das Handeln des Unternehmers statt – durch Schlichtung, Spekulation oder Innovation. Die Betonung liegt eher auf der Anpassungsfähigkeit und Flexibilität der Menschen als auf den Zwängen, denen sie gegenüberstehen. Vertreter dieser Schule neigen dazu, die Leichtigkeit zu sehr zu verallgemeinern, mit der Kaufleute vom Kaufen zum Verkaufen wechseln oder Finanziers von einer Industrie zur anderen, wodurch sie über die Schwierigkeiten hinweggehen, Schwerter in Pflugscharen zu verwandeln, oder Bergsteiger in Elektronikingenieure. Sie verwerfen den für die neo-klassische Ökonomie zentralen Begriffe des statischen Gleichgewichts und betonen Ungewißheit und Veränderung. Aber die österreichische Schule vertritt weiterhin den Gedanken einer Tendenz zum Gleichgewicht; es wird durch konkurrierende Unternehmer hergestellt, die die Preise steigen lassen, wenn die Nachfrage das Angebot übersteigt, und sie sinken lassen, wenn das Angebot größer ist als die Nachfrage.¹⁸ Tatsächlich bestehen auf den meisten Märkten gute Gründe, weswegen die Preise sich nicht in Richtung eines befriedigten Marktes bewegen. Wenn Agenten auf einem bestimmten Markt ständig entweder Käufer oder Verkäufer sind, statt zwischen beiden Rollen zu wechseln; wenn Käufer und Verkäufer die Kontinuität in ihren Beziehungen pflegen; und wenn Einkaufen ein kostspieliger Prozess ist, dann mag es für Unternehmen durchaus rational sein, ihre Preise nicht zu reduzieren, wenn die Nachfrage fällt, und sie sogar angesichts fallender Nachfrage zu erhö-

hen (vgl. bspw. Okun 1981). Aber wie Lachmann zugibt, haben österreichische Ökonomen nicht erklären können, wie Preise tatsächlich gebildet werden, und sie diskutierten auch nicht die Beziehung zwischen Preisbildnern und Preisnehmern auf den Märkten. Die Möglichkeit, daß die Konkurrenz zwischen Unternehmen Anpassungsfehler hervorruft, wird nicht berücksichtigt.

Keine der Schulen sieht eine Notwendigkeit, Arbeit von anderen Produktionsfaktoren im Anpassungsprozeß zu unterscheiden. Marktgeleitete Anpassung impliziert eine Reduktion der meisten Menschen in der Produktion auf den Status bloßer Produktionsfaktoren, die so eingesetzt werden, daß sie den profitabelsten Output garantieren. Dies bedeutet, die Menschen allein instrumentell und nicht als Werte in sich aufzufassen. Der Markt ermutigt mich nicht, andere als Mitbürger zu sehen, als Mitglieder der gleichen Gemeinschaft, die neben dem Kauf von Produkten eine Vielfalt anderer Ziele verfolgen, sondern lediglich als Faktoren in Produktionsprozessen, aus denen die mir verfügbaren Waren hervorgegangen sind. Ich kann diese Waren kaufen, weil ich durch den Verkauf meiner Arbeitskraft als Faktor in der Warenproduktion für einen anderen Kaufkraft erworben habe. Das meint Marx, wenn er sagt, in einer Marktökonomie nähme das Verhältnis zwischen den Produzenten die Form eines gesellschaftlichen Verhältnisses zwischen Dingen an, »ein Verhältnis, das getrennt von und außerhalb der Produzenten besteht«.

Natürlich widersetzen sich die Menschen der Reduktion auf den Status von Robotern. Sie passen sich nicht passiv den Veränderungen in Angebot und Nachfrage an. Sie versuchen, die Parameter zu ihren Gunsten zu verändern; Marktmacht zu erwerben und auszuüben; den Marktkräften weniger ausgeliefert zu sein. Diejenigen mit besserer Ausbildung und Organisation, besseren Fertigkeiten, Ressourcen, Verbindungen sind erfolgreicher; wem dies fehlt, ist den Lasten der Anpassung am stärksten ausgesetzt. Dieser Widerstand wird von den Befürwortern der Marktkoordination häufig beklagt; sie argumentieren, der Widerstand selbst vergrößere die Lasten der Anpassung; nur wenn die Menschen akzeptierten, daß es keine andere Alternative gäbe, wären die Kosten geringer.

Die Ironie liegt darin, daß eine Ökonomie, die ausschließlich von solchen passiven Agenten bevölkert wäre, keineswegs erfolgreich sein könnte. Zum Beispiel hängt der technische Fortschritt von Menschen ab, die versuchen, die Parameter zu ändern und die nicht akzeptieren, daß es keine Alternative gibt; ein hohes Produktivitätsniveau hängt von Menschen ab, die ihre Phantasie, Initiative und Planung einsetzen, selbst in der stumpfsinnigsten Fließbandarbeit; Menschen brauchen das Gefühl einer Beziehung zu ihrem Arbeitsplatz, einen gewissen Stolz auf und die Befriedigung durch ihre Arbeit, wenn Qualitätsstandards hoch gehalten werden sollen. Die Klassenantwort darauf liegt darin, einem privilegierten Teil der arbeitenden Bevölkerung – Unternehmern, Managern, Wissenschaftlern, Universitätsprofessoren etc. – zu erlauben, Initiative und Phantasie zu entwickeln, die Masse der Arbeiter dagegen zur passiven Anpassung zu verdammen. Wenn sie sich solcher Passivität widersetzen, können die meisten von ihnen Einfluß auf den Produktionsprozeß nur gewinnen, wenn sie sich defensiv durch Obstruktion gegen die Anpassung wehren. Die Klassenantwort ist of-

fensichtlich keine Lösung für diejenigen, die ein echtes Interesse daran haben, eine sozialistische Gesellschaft zu erreichen.

Eine weitere Ironie liegt darin, daß keine Ökonomie sich lediglich durch einen marktgeleiteten Anpassungsprozeß regulieren kann, weil es Schlüsselressourcen gibt, die nicht vollständig in Waren verwandelt werden können. Dazu gehören insbesondere die Arbeitskraft und die Umwelt. Obwohl die Arbeitskraft gekauft und verkauft werden kann, ist sie nicht völlig zur Ware geworden, weil sie nicht als Ware produziert wird. Obwohl die ökonomischen Kosten und Erträge bei der Entscheidung über den Kinderwunsch eine Rolle spielen, werden Kinder in der Regel nicht einfach als ökonomische Ressourcen behandelt, die entlassen werden können, wenn sich das Kosten-Nutzen-Verhältnis ändert. Maschinen können verschrottet, Ernten verbrannt werden, wenn sie unprofitabel werden, aber außer in Sonderfällen werden Kinder, sobald sie einmal geboren sind, bis zu einem gewissen Maße als Wert an sich behandelt, nicht nur als ökonomische Ressourcen, und werden wenn möglich ernährt. Eine Marktökonomie erfordert altruistisches, kollektives Verhalten im Haushalt und eine Art der Ressourcenverteilung, die nicht völlig von der Reaktion auf Preissignale bestimmt wird (vgl. Folbre 1986). Die patriarchalische Antwort darauf lautet, Frauen zu Selbstlosigkeit für den Haushalt aufzufordern, wobei ihre unbezahlte Arbeit einen flexiblen Puffer liefert, der es den Männern erlaubt, auf Marktsignale zu reagieren. Diese Antwort muß von Sozialisten entschieden abgelehnt werden, nicht weil wir altruistische, kollektive Verhaltensweisen entmutigen wollen, sondern weil sie allgemein gelten sollen statt unter den Bedingungen einseitiger Abhängigkeit.¹⁹ Der Anpassungsprozeß in einer Marktökonomie, in der es im bezahlten Arbeitsprozeß und im Haushalt wesentliche Ungleichheiten gibt, hängt somit von denen ab, die über genug Macht verfügen, diejenigen mit weniger Macht zur passiven Anpassung oder altruistischen Aufopferung zu überreden oder zu zwingen – so daß die aus der Initiative erwachsende Selbstbestimmung, die von der österreichischen Schule so in den Himmel gehoben wird, nur für wenige reserviert bleibt.

Mikro-Fundierung der Makro-Probleme

Neben den Verhaltensvoraussetzungen für eine erfolgreiche marktgeleitete Anpassung gibt es auch die Probleme der Qualität des Ergebnisses und der Stabilität der Sequenz. Die atomisierten Entscheidungen des Marktes ermöglichen eine Wahl zwischen alternativen, stückweisen, marginalen Anpassungen, aber nicht zwischen alternativen Gesamtzuständen: Wahlmöglichkeit im kleinen garantiert keine Wahlmöglichkeit im großen. Dies ist besonders wichtig für Umweltfragen. Hirsch (1977, S. 18) gibt das folgende Beispiel: »Wenn der öffentliche Nahverkehr sich verschlechtert, erhalten wir einen Extra-Anreiz, unser eigenes privates Transportmittel zu benutzen, wodurch es zu einer weiteren Verschlechterung und einer schwächeren Position des öffentlichen gegenüber dem privaten Verkehr kommt. Die Wahl wird in jeder Phase eines dynamischen Prozesses freigestellt; es gibt jedoch keine Auswahl zwischen den Zuständen an jedem Ende dieses Prozesses.« Die Lücke zwischen Mikro-Rationalität

und Makro-Rationalität, die sich aus der atomisierten Entscheidungsfolge ergibt, hat besonders wichtige Implikationen für die Gesamtstabilität von Marktsystemen; d.h. dafür, ob der Anpassungsprozeß auf ein stabiles Gleichgewicht hinausläuft oder ob er über das Ziel hinausschießt und zu Konjunkturen führt, denen Depressionen folgen, zu plötzlichen zerstörerischen Anpassungen durch Krisen, zu längeren Zeiträumen der Stagflation.

Selbst die eifrigsten Befürworter des Marktes würden die Existenz von Problemen wie das des Schweinezyklus anerkennen. Viele würden auch die Instabilitätsprobleme auf Finanzmärkten zugeben, die mitentscheidend waren für die gegenwärtige unerträgliche und unbezahlbare Verschuldung der Dritten Welt, wie auch für den neuesten langen Boom und plötzlichen Krach auf den Weltaktienmärkten. Diese Instabilität hängt eng damit zusammen, wie eine atomisierte Entscheidungsfolge mit der Ungewißheit umgeht. Das Problem liegt darin, daß die Schritte, die ein isolierter Entscheidungsträger in einem Reihenprozeß zur Risiko-Minimierung unternimmt, das Risiko des Gesamt-Systems erhöhen können. Daher haben floatende Zinsraten, syndikatisierte Anleihen und Deckungsklauseln für Anleihen an Drittwelt-Regierungen – sämtlich zur Verminderung der Risiken einzelner Banken eingeführt – die Risiken vergrößert, denen das gesamte Bankgeschäft mit Regierungen der Dritten Welt ausgesetzt war. Ähnlich begrenzt die Existenz »liquider« Aktienmärkte, auf denen man jederzeit unter geringen Kosten handeln kann, die Risiken für einzelne Investoren, vergrößert jedoch die Risiken für Investitionen insgesamt. Dieser Faktor bewog Keynes (1973, S. 159), Aktienmärkte als »Kasinos« zu beschreiben und zu fordern, sie sollten teuer und schwer zugänglich sein. Seitdem sind sie natürlich noch viel zugänglicher und billiger geworden – ein Grund dafür, warum die Aktienkurse 1987 sehr viel schneller fielen als 1929.

Das gleiche Problem des Systemrisikos – resultierend aus den Versuchen atomisierter Entscheidungsträger, ihr eigenes Risiko isoliert zu vermindern – ist letzten Endes auch die Ursache für das makroökonomische Problem fehlender Nachfrage in einer Marktökonomie. Angesichts einer ungewissen Zukunft versuchen isolierte ökonomische Einheiten ihre Flexibilität zu bewahren, indem sie ihr Geld zurückhalten, das als verallgemeinerte Kaufkraft viel flexibler ist als spezifische Güter und Dienstleistungen. Dies ist das Kennzeichen einer kapitalistischen monetären Ökonomie, das Keynes als Liquiditätspräferenz bezeichnete. Aber gerade die Flexibilität, die das Geld isolierten ökonomischen Einheiten gestattet, macht eine monetäre Ökonomie, die aus solchen Einheiten zusammengesetzt ist, grundlegend unbeständig. Aufgrund der Flexibilität, die durch die Zurückhaltung von Geld erreicht wird, können individuelle Einheiten ihre Pläne schnell ändern, wenn sie eine Veränderung auch nur erwarten. »Vertrauen« wird zu einer wichtigen Determinante des Investitionsniveaus und der Kapazitätsausnutzung. Wie Bhaduri (1986, S. 91) formuliert: »Paradoxerweise kann die Zurückhaltung von Geld als *individuelle Option* zum besseren Umgang mit der Ungewißheit als *gesellschaftliches Instrument* scheitern, indem sie den Einfluß der Ungewißheit auf die gegenwärtigen ökonomischen Aktivitäten vergrößert.« Dieser negative Aspekt wird viel wahrscheinlicher in einer Ökonomie vorherrschen,

in der das Geld nicht lediglich als Mittel des Austausches und der Werterhaltung fungiert, sondern als Kapital; das heißt als Geld, das zurückgehalten wird, um den Erwerb nicht von Waren per se, sondern von mehr Geld zu erleichtern. Betrachten wir, wie Haushalte Geld benutzen. Sie tauschen eine Art Waren (sagen wir Arbeitskraft) gegen andere Arten Waren (sagen wir Nahrung und Kleidung), indem sie Arbeitskraft gegen Geld tauschen, und Geld gegen Nahrung und Kleidung. Die Reproduktion dieser Kette von Käufen und Verkäufen hängt in gewissem Ausmaß von dem Stand der Erwartungen ab – der Haushalt wird vielleicht Käufe verschieben und sein Geld zurückhalten, wenn er zum Beispiel Preissenkungen erwartet. Aber ein Haushalt kann Käufe in der Erwartung zukünftiger Preissenkungen nicht über einen bestimmten Punkt hinaus verschieben, weil Nahrung und Kleidung notwendig sind. Wenn der Topf leer ist, muß Nahrung heute gekauft werden, auch wenn sie nächste Woche vielleicht billiger ist. Für Unternehmen, die Profit zu ihrem obersten Ziel machen müssen, liegt die Situation anders. Sie sind nicht interessiert an den Waren selbst (und können es nicht sein). Für sie ist vor allem das Geld von Bedeutung, das in der untersten Zeile der Bilanz erscheint. Das läßt sich mit Marx als Geld-Kapital-Kreislauf $G-W-G'$ ausdrücken, in dem es nicht darauf ankommt, eine Menge von Waren gegen eine andere auszutauschen, sondern eine Summe Geld gegen eine größere Summe Geld. Die Reproduktion dieses Kreislaufs wird durch die Liquiditätspräferenz viel eher unterbrochen werden als die Kette von Käufen und Verkäufen in einem Haushalt. Wenn ein Unternehmen nicht erwartet, seine Produkte zu verkaufen, ist es sinnvoller, Geld zu horten, statt es für den Kauf von Produktionsmitteln und Arbeitskraft einzusetzen. Kein Bedürfnis nach Waren per se setzt diesem Horten eine Grenze – Unternehmen brauchen nicht zu essen. Unter solchen Bedingungen wird Geld zum Fetisch und gewinnt ein eigenes Leben.

Profitanstrebende Unternehmen können Geld horten, selbst wenn die Input-Preise fallen – zum Beispiel selbst dann, wenn Arbeiter Lohnkürzungen hinnehmen, und selbst wenn dies zu einer Senkung der Preise anderer Rohstoffe führt. Wenn die Preissenkungen die Hoffnung auf weitere Preissenkungen nähren, dann ist es ganz rational, auch weiterhin Geld zu horten und Ausgaben zu vermeiden. Ganz gleich, wie flexibel Preise sind und wie schnell Märkte sich in Richtung ihrer Befriedigung bewegen, gibt es daher in einer monetären Ökonomie keine Garantie, daß das Saysche Gesetz gilt. Die Möglichkeit mangelnder Nachfrage besteht immer. Mandel hat durchaus recht zu betonen, daß makro-ökonomische Probleme im Marktprozeß wurzeln.

Die Keynesche Lösung: Intervention auf den Märkten

Keynes Antwort auf die Lücke zwischen Mikro-Rationalität und Makro-Rationalität lautet, daß der Staat auf den Märkten als Käufer, Besteuerer und Darlehensgeber in Notfällen fungiert, um der Möglichkeit eines Nachfragemangels zu begegnen – zum Beispiel, um mehr Liquidität zu schaffen und auf diese Weise eine Zunahme der Liquiditätspräferenz zu steuern, die sonst zu einer Depression führen könnte. Es gibt jedoch in Marktprozessen einige Probleme, die nicht so einfach überwunden werden

können. Die Intervention auf Märkten verändert die aktuellen Parameter (Preise, Zinsraten, Kurse, Steuersätze, Nachfrageniveau etc., mit denen Marktschöpfer und andere Entscheidungsträger rechnen müssen, aber nicht die Charakteristika des Marktprozesses selbst. Insbesondere verändert sie nicht die gesellschaftliche Isolation der Entscheidungsträger, so daß auch weiterhin jeder unter dem überwältigenden Druck steht, die eigenen Interessen auf blinde Weise zu verfolgen, und die von zentralen Behörden auferlegten Veränderungen zu umgehen oder zu unterlaufen (vgl. Hirsch 1977, Kap. 9). Intervention auf Märkten kann wirkungslos oder überaus kostspielig sein, wenn Agenten auf dem Markt nur nach Maßgabe ihres individuellen Vorteils reagieren – und dennoch macht es die von den Märkten auferlegte gesellschaftliche Isolation den einzelnen schwierig, etwas anderes zu tun. Intervention auf Märkten liefert keine Institutionen, um die kollektive Reflexion vor der Entscheidung der einzelnen zu erleichtern.

Dies wurde in dem Problem offensichtlich wie in den fortgeschrittenen Industrieländern mit der Stagflation umzugehen ist. Die konventionellen keynesianischen fiskalischen und monetären Heilmittel können nicht mit einer Situation fertig werden, in der Preise und Löhne steigen, während Output und Beschäftigung fallen. Dies öffnete den Weg für eine »monetaristische« Politik, um dem Problem durch eine Kombination von Deflation und Maßnahmen zur Steigerung der Konkurrenz auf den Märkten beizukommen – eher im Sinne der walrasschen und österreichischen Theorie, mit fallenden Preisen bei sinkender Nachfrage. Eine derartige Politik bedeutet enorme Kosten an Arbeitslosigkeit und verschwendete Ressourcen, und sie ist letzten Endes selbstzerstörerisch. Die meisten Märkte verhalten sich nicht so wie diejenigen in der walrasschen und österreichischen Theorie, und das nicht aus Mangel an Wettbewerb, sondern gerade wegen des Wettbewerbs. Eine leicht zugängliche Darstellung dieses Punktes liefert Okun (1981, S. 342), der zu dem Schluß kommt: »... das angemessene Funktionieren von Verbrauchermärkten und Karriere-Arbeitsmärkten erfordert eine deutliche Abkehr von der Preisflexibilität des Konkurrenzmodells. Kunden und Lieferanten, Belegschaften und Firmen entwickeln Methoden zur Vermeidung von Preisvariationen, die dazu beitragen, Beziehungen kontinuierlich zu gestalten und Transaktionskosten auf die Dauer zu minimieren.« Auf Mikroebene gibt es gute Gründe für Firmen, die Löhne zu erhöhen und die gestiegenen Kosten auf die Preise abzuwälzen, während sie den Output und die Beschäftigung abbauen. Dadurch können sie leichter die Kooperation und Loyalität ihrer Kunden und Arbeitskräfte bewahren, als durch Senkung der Löhne und Preise.

Die politische Schlußfolgerung, die gemeinhin aus dieser Argumentation gezogen wird, ist die Notwendigkeit, die keynesianische Geld- und Fiskalpolitik durch eine Art Einkommenspolitik zu ergänzen, die Firmen davon abhält, die Löhne zu erhöhen, wodurch die konventionelle keynesianische Politik eine höhere Nachfrage aufrechterhalten kann, ohne das Problem der Inflation heraufzubeschwören. Das bestraft jedoch Haushalte gegenüber Unternehmen, wenn es keinen komplementären Mechanismus gibt, um die Preise einzudämmen. In Erkenntnis dessen schlagen manche Befürworter einer Einkommenspolitik vor, Preiskontrollen einzuführen. Aber wenn der Prozeß

der Preisfestsetzung in den Händen der Unternehmen belassen wird, bleibt immer noch ein grundlegendes Ungleichgewicht: Haushalte können die Preisbildung nicht so weitgehend beeinflussen, daß sie Unternehmen im gleichen Maße in Schranken halten können, wie Unternehmen die Lohnbildung beeinflussen und den Arbeitern ein Lohnbegrenzungsprogramm aufzwingen können (ders. 1981, S. 344). Darüber hinaus verbleibt die entscheidende Kenntnis der Stückkosten und Profitspannen bei den Unternehmen, und ohne diese Kenntnis bleiben Preiskommissionen zahnlos, und die Preisrichtlinien können nicht wirksam durchgesetzt werden. Dieses Ungleichgewicht wäre nur zu beseitigen, indem der Preisbildungsprozeß sozialisiert wird, indem er für Haushalte durch die Veröffentlichung der Informationen über Stückkosten und Profitspannen transparent wird. Kapitalistische Unternehmen werden sich dem immer widersetzen, weil ihnen die Geheimhaltung einen Wettbewerbsvorteil verschafft und das Privateigentum auch das Recht impliziert, Informationen zurückzuhalten. Auch Unternehmen in Staatseigentum werden sich einer solchen Veröffentlichungspolitik widersetzen, solange sie verpflichtet sind, die Maximierung ihres Gewinns anzustreben, und wenn sie mit anderen Unternehmen und Haushalten in erster Linie über den Markt in Verbindung stehen. Es kann nicht überraschen, daß bei der Öffnung des Marktes im Sozialismus die Preisbildung eine solch explosive Frage darstellt. Daher ist die keynesianische Politik der Intervention auf Märkten – einer fiskalischen und monetären Politik, ergänzt durch eine Einkommenspolitik und Preisrichtlinien – keine Garantie für die Überwindung der makro-ökonomischen Probleme, die im Marktprozeß wurzeln. Es ist sinnlos zu sagen, wir wollten die Märkte nutzen, um mikro-ökonomische Probleme der Ressourcen-Verteilung zu lösen, und die keynesianische Politik einsetzen, um die makro-ökonomischen Probleme zu lösen, denn die beiden Problemreihen sind eng miteinander verbunden. Der Markt als Institution wird dazu tendieren, die erfolgreiche Durchführung einer keynesianischen Politik zu unterminieren.

»Es gibt keinen dritten Weg«

Nove erkennt viele dieser Mängel des Marktes, aber er ist überzeugt, daß wir sie akzeptieren müssen, weil der Markt die einzige Alternative zur Bürokratie sei. Koordination kann nur mittels eines Geldnexus oder eines Regelungsnexus erfolgen, oder durch eine Kombination beider. Mehrfach wurde jedoch vorgebracht, es gebe auch einen anderen Nexus, der in der ökonomischen Koordination eine entscheidende Rolle spiele. Dietrich (1986) zum Beispiel, der die Plan-Markt-Dichotomie ablehnt, argumentiert, sowohl Planungs- wie Preismechanismen erforderten für ihr Funktionieren eine dritte Art der Verbindung, die er »informelle Beziehungen« nennt. Er vertritt die Ansicht, jede Art Planung, sei es im privaten oder im öffentlichen Sektor, könne sich nicht einfach auf ihre kodifizierte Vorgehensweise verlassen. Die gefesselte Rationalität der Entscheidungsträger bedeutet, daß informelle Beziehungen zwischen ihnen notwendig sind, wenn das System funktionieren soll; dazu zitiert er Untersuchungen über die internen Operationen multinationaler Konzerne und administrative Systeme.

Ähnlich werde auf Märkten der Geldnexus ergänzt durch informelle Beziehungen, deren Rationale darin liegt, daß unabhängige Entscheidungen nicht notwendig zu optimalen Ergebnissen führen, wenn ökonomische Einheiten voneinander abhängig sind. Okun (1981, S. 89) bezeichnet derartige informelle Beziehungen als einen »unsichtbaren Handschlag«, im Gegensatz zu der »unsichtbaren Hand« des Marktes. Der »unsichtbare Handschlag« wird als impliziter Vertrag oder moralische Verpflichtung angesehen, die dazu verhilft, die Kontinuität in den Beziehungen zwischen Käufern und Verkäufern zu zementieren. Hannah (1985) schreibt in einer Rezension eines Buches über Wirtschaftsgeschichte: »In der gegenwärtigen Entwicklung der Analyse wirtschaftlichen Erfolges weist viel darauf hin, daß weder Adam Smiths »unsichtbare Hand« des Marktes noch Alfred Chandlers »sichtbare Hand« der bürokratischen Hierarchien ihn erklären kann. Eher scheint eine »dritte Hand« aus Netzen und Beziehungen – manchmal allein auf Vertrauen und Gegenseitigkeit gestützt, manchmal auf Gewebe leichter zu beobachtender und zu messender Verbindungen – eine wichtige Komponente zu sein.« Ein großer Teil der Literatur über die ökonomischen Erfolge in Japan, Südkorea und Taiwan argumentiert ähnlich: ein Nexus des Vertrauens, des Goodwill und der Gegenseitigkeit habe eine entscheidende Rolle bei der nationalen ökonomischen Entwicklung gespielt (vgl. bspw. Dorc 1983).

Mandels Dritter Weg

Auch Mandel (1986) bezieht sich auf einen solchen Nexus: er nennt ihn »objektiv informelle Kooperation« und betont – ähnlich wie Okun – den Wert der Kontinuität in den Beziehungen zwischen Käufern und Verkäufern. Mandel geht jedoch über die simple Anerkennung der Existenz dieses dritten Nexus hinaus: Er argumentiert, diese Beziehung ersetze den Geldnexus und mache Preise ökonomisch irrelevant. Ich werde argumentieren, daß dies nicht der Fall ist, aber ich teile mit Mandel und den anderen oben erwähnten Autoren die Ansicht, daß es eine dritte Art einer koordinierenden Verbindung gibt. Das Problem liegt nicht im Fehlen eines dritten Weges, sondern darin, wie er zu institutionalisieren ist; und wie man sicherstellen kann, daß die Kooperation freiwillig und wirklich als ein Produkt von Vertrauen und goodwill erfolgt. In kapitalistischen Ökonomien kann der »unsichtbare Handschlag« häufig nur die irreführende Bezeichnung für ein »unsichtbares Armverdrehen« sein.

Für Mandel rühren die Probleme der Marktmechanismen aus der Tatsache her, daß sie nicht von vornherein ein Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage herstellen können, bevor die Ressourcen tatsächlich in die Produktion eingehen. Er hält es für wesentlich, daß das Ausbalancieren von Verbraucherpräferenzen und Ressourcenzuweisung vor dem Beginn der Produktion erfolgt. Der Wert der Planung liegt in seinen Augen darin, daß sie dieses Ziel erreichen kann, so daß Mißverhältnisse zwischen Angebot und Nachfrage nicht auftreten können. Auf diese Weise werde das Planungssystem die gleiche Rolle spielen wie der Walrassche Auktionator. Wie viele andere sozialistische Ökonomen akzeptiert Mandel implizit den neo-klassischen Standard des allgemeinen Gleichgewichts als das Ziel, an dem eine sozialistische Ökonomie zu messen sei.²⁰

Wird die Aufgabe in dieser Art formuliert, so generiert sie gerade die enormen Informationsbedürfnisse und die ungeheure Bündelung der Entscheidungen, die in der Kritik der sozialistischen Planung einen so großen Raum eingenommen haben (vgl. Lavoie 1985). Wenn von vornherein ein Gleichgewichts-Ansatz zur Aufgabe der Koordination einer sozialistischen Ökonomie erhoben wird, so bedeutet dies, daß die Informationen über Produktionsmöglichkeiten und Nachfragen nach allen Arten von Waren in dem kurzen Zeitraum der Planvorbereitung gesammelt und verarbeitet werden müssen – bevor die Ressourcen zugewiesen werden und die Produktion erfolgt. Dieses Problem der *gleichzeitigen* Verarbeitung großer Massen von Informationen liegt im Kern dem Argument zugrunde, daß die Existenz von Computern das Informationsproblem nicht vermindert. Ein Vorteil des Marktsystems im Vergleich mit zentraler Planung liegt nicht so sehr darin, daß der Markt Informationen zu geringen Kosten hervorbringt, sondern daß er eine relative Autonomie der Entscheidungen erlaubt, so daß nur ein Bruchteil der Informationen über Produktionsmöglichkeiten und Nachfrage zu einem gegebenen Zeitpunkt an einem gegebenen Ort verarbeitet werden muß.

Dieses Ziel vorausgesetzt, gilt Mandels Hauptsorge der Verminderung der Bürokratie und der Dezentralisierung der Ressourcenzuweisung. Dies würde auf zwei Arten geschehen. Die Verantwortung für die Festlegung des Planrahmens – der Anteil des Bruttosozialproduktes, der für jeden von zwanzig oder dreißig Schlüsselsektoren der Produktion verwendet werden soll, die Wachstumsrate, der Umfang der Ressourcen für »nicht entscheidende« Sektoren, Einkommensdifferenzen etc. – würde jährlichen Kongressen der Delegierten von Arbeiter- und Gemeinderäten zugewiesen. Die Planer müßten noch immer einen detaillierten Plan ausarbeiten, der sich auf diesen Rahmen stützt, mit Hilfe von Input-Output-Tabellen für die verfügbaren Ressourcen jedes einzelnen Produktionszweiges. Die Zuweisung der Ressourcen innerhalb jedes Produktionszweiges wäre jedoch die Aufgabe selbstverwalteter Körperschaften, etwa Kongresse von Arbeiterräten in einem Industriezweig. Die detaillierte Produktpalette würde sich aus vorherigen Konsultationen zwischen Arbeiterräten und Verbraucherkonferenzen ergeben, die von der Masse der Bürger demokratisch gewählt würden. Die Bürokratie zentraler Ministerien für jeden Sektor der Produktion würde weitgehend ausgeschaltet.

Die Rolle des Geldes sowie des Kaufens und Verkaufens würde auf ein Minimum reduziert. Mandels Ziel ist ein langsames Verschwinden des Geldes und des Kaufens und Verkaufens. Dies würde erreicht durch direkte kostenlose Verteilung der Waren, die zur Befriedigung der Grundbedürfnisse gebraucht werden: »Es wird durchaus möglich, die Rolle des Geldes in der Ökonomie insgesamt zu reduzieren, wenn preislose Waren und Dienstleistungen zahlreicher werden als gekaufte Waren und Dienstleistungen« (Mandel 1986, S. 17). Damit sieht Mandels Alternative nicht einen anderen Prozeß der Preisfestsetzung vor, sondern die Abschaffung der Preise. In Engels' Nachfolge schreibt er: »Die einfachste – wie auch demokratischste – Art, die materiellen Ressourcen den gesellschaftlichen Bedürfnissen anzupassen, liegt nicht darin, das Medium des Geldes zwischen beide zu schieben, sondern die Bedürfnisse der Menschen herauszufinden, indem man sie nach ihnen fragt« (ebd.).

Wenn jedoch Preise wirklich abgeschafft werden, wird es unmöglich, die erste Phase der Festlegung des Planrahmens durchzuführen. Anteile am Bruttosozialprodukt sind als Ausgangspunkt nur dann möglich, wenn es einen Weg gibt, Ressourcen für eine einzelne Maßnahme zu bündeln. Das Bruttosozialprodukt wird faktisch über Preise berechnet. Mandel macht nicht klar, ob er zu diesem Zweck »Schattenpreise« benutzen lassen will; sein Ausgangspunkt jedenfalls erfordert die Benutzung irgendwelcher Preise.

Für die Haushalte ist eine gewisse Auswahl ins Auge gefaßt: »Verschiedene Modelle – zum Beispiel verschiedene Schuhmoden – würden angeboten, die die Verbraucher ausprobieren, kritisieren und durch andere ersetzen könnten. Ausstellungsräume und Angebotslisten wären die wichtigsten Instrumente für dieses Ausprobieren. Dies könnte in Form eines »Referendums« erfolgen – ein Verbraucher, der ein Recht auf sechs Paar Schuhe pro Jahr hat, würde auf einem Formular mit hundert oder zweihundert Optionen sechs Muster ankreuzen. Die Modellpalette würde dann durch das Ergebnis eines solchen Referendums festgelegt, mit Korrekturmechanismen nach der Produktion, um die nachfolgende Kritik der Verbraucher zu berücksichtigen« (ders. 1986, S. 28).

Offensichtlich hätten Haushalte in dieser Gesellschaft an Vorausplanung einiges zu leisten, und es ist nicht klar, wie Haushalte mit unerwarteten Bedürfnissen umgehen würden. Sobald ihre Grundbedürfnisse für den Planzeitraum bestellt wären – was würde passieren, wenn Umfang und Zusammensetzung von Haushalten sich unerwartet ändern (zum Beispiel durch Geburten oder Todesfälle), oder wenn sich die Bedürfnisse ändern wegen Krankheit oder Wechsel des Arbeitsplatzes oder Umzug? Mandel macht auch nicht klar, wie die Korrekturmechanismen aussehen und wie sie funktionieren würden. Dies entspricht dem produktionsistischen Vorurteil seiner Vision. Mandel kümmert sich mehr um das, was er den »Despotismus« der Verbraucher über die Produzenten nennt, als um die Notwendigkeit sicherzustellen, daß die Produktion effizient die angemessene Palette von Qualitätswaren und Leistungen zum richtigen Zeitpunkt bereitstellt. In seiner Sicht »sind die Durchschnittsbürger einer fortgeschrittenen Industriegesellschaft nicht immer und nicht einmal hauptsächlich ... Verbraucher. Sie sind immer noch in erster Linie Produzenten. Noch immer werden sie durchschnittlich mindestens neun bis zehn Stunden am Tag, fünf Tage in der Woche, mit Arbeit und der Fahrt zum und vom Arbeitsplatz verbringen. Wenn die meisten Menschen acht Stunden pro Tag schlafen, bleiben sechs Stunden für Konsum, Erholung, Ruhe, Sexual- und gesellschaftliche Beziehungen, alles zusammengenommen« (ders. 1986, S. 21). Hieraus wird klar, daß Mandels »Durchschnittsbürger« tatsächlich ein erwachsener Mann ist – es gibt keine Erwähnung unbezahlter Arbeit im Haushalt, keinen Begriff von Konsum als Haushaltsproduktionsprozeß. Selbst für den erwachsenen Mann ist Mandels Argumentation hohl: für einen Mann, der in einer Autofabrik arbeitet und dessen Auto wegen Fehlern in dieser Fabrik zusammenbricht, ist es ein schwacher Trost, wenn ihm gesagt wird, er sei in erster Linie ein Autoproduzent und kein Autoverbraucher. Die Schwierigkeit liegt darin, daß Mandel die gleiche abstrahierte Sicht des Konsums hat wie der Werbefachmann: als etwas, das »der

Verbraucher« tut. Wir alle benutzen Produkte und Dienstleistungen; die meisten unter uns (außer als Kinder oder wenn wir krank sind) produzieren sie auch. Die unvermeidliche Spannung zwischen unseren Bedürfnissen als Benutzer und unseren Bedürfnissen als Produzenten läßt sich nicht durch die Versicherung auflösen, wir seien »in erster Linie« Produzenten. Darüber hinaus stimmt es noch nicht einmal, daß wir alle uns »in erster Linie« als Produzenten sehen: viele Frauen sehen sich ebenso als Ehefrauen und Mütter mit einer Verantwortung für das Management des Haushalts wie als Arbeiterinnen, und viele Frauen sind für wesentliche Zeiträume ihres Erwachsenenlebens nicht im Sektor der bezahlten Arbeit tätig. Vor dem Hintergrund einer sehr ungleichen Verteilung der Haushaltsarbeiten zwischen Frauen und Männern schaffen Mängel bei der Produktion angemessener Waren für Frauen besondere Belastungen. Die negativen Auswirkungen, die sich für Mandel aus der »Freiheit des Verbrauchers« ergeben, wie Arbeitslosigkeit, Arbeitsintensivierung, Gesundheitsrisiken, »die autoritäre Disziplin am Arbeitsplatz«, ergeben sich nicht per se aus der Wahl der Verbraucher, sondern hängen von den Gesamtbedingungen ab, unter denen die Wahl getroffen wird.

Es ist unklar, wie der Kongreß der Arbeiterräte in jedem Industriezweig über die Zuweisung der Ressourcen an die einzelnen Unternehmen entscheiden würde. Diese Kongresse würden tatsächlich weitgehend die gleiche Aufgabe erfüllen müssen wie die Ministerien in der Sowjetunion, und sie stünden weitgehend vor den gleichen Problemen. Mandel neigt dazu, über diese Probleme hinwegzugehen, indem er »selbstverwaltete Körperschaften« beschwört – wie zum Beispiel in seiner Feststellung, eine »selbstverwaltete Arbeiterschaft hätte kein Interesse daran, die Tatsachen geheimzuhalten«. Aber eine ganz bestimmte selbstverwaltete Einheit hätte ein Interesse daran, die Fakten vor dem Kongreß der Arbeiterräte geheimzuhalten, wenn sie auf diese Weise eine reduzierte Arbeitsbelastung oder eine erhöhte Zuweisung von Ressourcen erreichen könnte. Die Selbstverwaltung würde bedeuten, daß die gesamte Belegschaft eines Unternehmens aus schlechter Information gewinnen würde – und nicht nur seine Manager. Selbstverwaltung in sich würde noch nicht die Trennung zwischen verschiedenen selbstverwalteten Gruppen aufheben. Mandel liefert sehr wenig Argumente, wie selbstverwaltete Körperschaften organisiert wären: »Selbstverwaltung« tritt eher als der *deus ex machina* auf, der »die Bürokratie« ersetzen soll.

Eine Ökonomie der Wiederholung

Die Aufgaben einer »artikulierten Selbstverwaltung« werden übermäßig vereinfacht, weil in Mandels Ökonomie dem Unerwarteten nicht viel Raum gelassen wird. Die Betonung liegt auf routinierten, fast automatischen Prozessen: »So wird heute der größte Teil der Wirtschaft in kapitalistischen – und »sozialistischen« – Ländern durchgeführt: gegründet auf Gewohnheit, Bräuche, Routine und die natürliche Kooperation, die aus der gegenseitigen Kenntnis und den vorhersehbaren Resultaten erwächst« (ebd.). Diese Annahme einer Ökonomie der Wiederholung läßt das Koordinationsproblem fast verschwinden. Sie ist eine Schlüsselvoraussetzung, eine Stütze

für Mandels Betonung eines von vornherein anzustrebenden Gleichgewichts wie auch für seine Überzeugung, Geld und Preise könnten einer wichtigen Rolle im Koordinationsprozeß entkleidet werden. Die Voraussetzung einer Ökonomie, die keiner Anpassungsprozesse bedarf, wird durch eine übermäßig vereinfachte Sicht der Bedürfnisse untermauert. Mandel geht von der weit verbreiteten Ansicht aus, es gebe eine Hierarchie der Bedürfnisse, bis hin zu der Annahme, die Mischung der Waren, die die Bedürfnisse der Menschen befriedigt, können Planern im voraus bekannt sein und sei von Preisen unabhängig. Aber die Tatsache, daß Bedürfnisse nach Nahrung, Getränken, Kleidung und Wohnraum fundamental sind, sagt uns noch nicht, welche Arten Nahrung, Getränke, Kleidung und Wohnraum die Menschen wollen. Mandel denkt, wir könnten uns für dieses notwendige Detail auf die Extrapolation gegenwärtiger Verkäufe von Nahrung, Getränken, Kleidung und Wohnraum verlassen. Aber diese Raster werden durch relative Preise und die Einkommensverteilung (und die diesen zugrundeliegenden Machtbeziehungen) ebenso festgelegt wie durch die Bedürfnisse. Mit veränderten relativen Preisen und veränderter Einkommensverteilung könnte sich das Verbrauchsbild beträchtlich verändern. Die Menschen entscheiden nicht unabhängig vom Brotpreis, wie viel Brot sie kaufen wollen. Mandel ist der Meinung, Preise seien nicht wichtig bei der Feststellung, was die Menschen kaufen, weil er die Bedeutung von »Festpreis«-Märkten mißverstehet, wie auch die Tatsache, daß die Verbraucher nicht auf kleine Preisänderungen reagieren. Diese Phänomene bedeuten nicht, daß die Zuweisung der Ressourcen nicht von Preisen gesteuert würde, eher bedeuten sie, daß Firmen die Kosten häufiger Preisänderungen mit deren Nutzen vergleichen und ihre Listenpreise nur ändern, wenn die Produktionskosten eine bestimmte Grenze überschreiten; die von ihnen geforderten Preise werden durch die Verbrauchernachfrage begrenzt. Ähnlich vergleichen Verbraucher die Kosten und den Nutzen der Suche nach billigeren Waren. Wegen der Transaktionskosten in Situationen begrenzter Information und weil Käufer und Verkäufer Wert auf Kontinuität legen, sind die Preise auf den meisten Märkten nicht völlig flexibel, und die Produktion wird kurzfristig durch Mengensignale gelenkt. Aber das bedeutet nicht, daß Preise vernachlässigt werden könnten. Denn Preise sind eine wichtige Determinante der Profitabilität, und die Profitabilität lenkt die Investitionsentscheidungen. Selbst kurzfristig sind die von Mandel bemerkten Phänomene nicht dafür Indikatoren, daß Preise unwesentlich sind, sondern daß für die meisten Transaktionen *Preisnormen* entscheidend sind. Wenn ein Unternehmen versuchen würde, die Profite durch wesentlich höhere als die »normalen« Preise zu steigern, würde es schnell Kunden verlieren. Getreu seiner Annahme einer statischen Ökonomie nimmt Mandel implizit an, relative Preisnormen seien stabil außer unter Bedingungen ökonomischer Katastrophen. Dies läßt die Auswirkungen technischen Wandels außer acht: vor dreißig Jahren waren die relativen Preise von Fernsehapparaten in Europa hoch, sie waren Luxusgüter. Heute ist ihr Preis relativ viel niedriger, und ein Fernsehapparat gilt weithin als Grundbedürfnis, sowohl in der öffentlichen Meinung wie auch bei den Armutskriterien der Sozialforscher.

Mandel (1986, S. 23) stellt fest, es sei »viel billiger und vernünftiger, Grundbedürf-

nisse nicht auf dem indirekten Weg der Zuweisung von Geld auf dem Markt zu befriedigen, sondern durch direkte Verteilung – oder Umverteilung – der gesamten verfügbaren Ressourcen.« Aber es ist bemerkenswert, daß seine Beispiele sämtlich extreme Bedingungen anführen – Pinochets Chile, Hungersnot in der Sahel, Epidemien in Bangladesh. Natürlich würden wir alle zustimmen, daß die wirkungsvollste Politik unter solchen Bedingungen in der direkten Verteilung von Nahrungsmitteln ohne Bezahlung liegt. Aber sind die Maßnahmen, die für die Katastrophenhilfe unter Bedingungen einer sehr ungleichen Einkommensverteilung und des Privateigentums an den wichtigeren Ressourcen erforderlich sind, wirklich identisch mit den erforderlichen Maßnahmen in einer sozialistischen Ökonomie, in der die wichtigen Ressourcen in gesellschaftlichem Eigentum stehen und die Einkommensverteilung relativ gleich ist? Mandel unterscheidet nicht zwischen den Auswirkungen des Kapitalismus und den Auswirkungen des Preismechanismus.

Es gibt ein Argument für die kostenlose Verteilung bestimmter Güter – zum Beispiel für Gesundheit und Erziehung – aber dies ergibt sich aus bestimmten Kennzeichen dieser ganz besonderen Güter. Entscheidend ist nicht die Tatsache, daß sie Grundbedürfnisse befriedigen, sondern die Tatsache bestimmter Formen der Interdependenz in ihrer Produktion und Benutzung. Mandel stützt sich nicht auf solche Argumente: Die Abschaffung von Preisen und Geld wird eher als Ziel an sich gesehen. Dies führt zu eigenartigen Vorschlägen – wie zum Beispiel, eine soziale Dividende solle die Form einer spezifischen Ausweitung kostenlosen Urlaubs und von Reisen für alle annehmen (wenn dies die Option der Mehrheit wäre) (vgl. Mandel 1986, S. 35). Für die Minderheit derer, die lieber zu Hause bleiben, wäre das keine besondere Dividende. Warum keine soziale Dividende in Geldform, so daß jeder sie nach seinen eigenen Vorstellungen nutzen kann?

Der entscheidende Punkt bei Geld und Preisen ist, daß sie uns ermöglichen, Alternativen ins Auge zu fassen; von der Entscheidung, welchen Prozentsatz am Nationalprodukt wir für die Gesundheitsdienste ausgeben, bis hin zu der Entscheidung, welche Waren wir für die Befriedigung unserer individuellen Bedürfnisse kaufen. Preise sind nicht die einzige erforderliche Information, um zwischen Alternativen auszuwählen, aber sie sind dafür eine unverzichtbare Information.

Mandels Abneigung gegenüber Geld und Preisen rührt vielleicht von seiner Überzeugung her, daß Geld und Preise in gewissem Sinne inhärent kapitalistische Formen sind. Dies ist sicherlich die Ansicht der Österreicher und liegt ihrer Überzeugung zugrunde, daß eine gut funktionierende sozialistische Ökonomie unmöglich sei. Mandel wie auch andere Anti-Preis-Marxisten würden sicherlich Lavoies Ansicht teilen: »Ein Preis ist eine Widerspiegelung dessen, was für Marx ein Widerspruch des Kapitalismus ist. Er ist sowohl die organisierte wie rationalisierende Richtlinie für Produktionsentscheidungen und gleichzeitig eine Widerspiegelung der antagonistischen sozialen Beziehungen zwischen Käufern und Verkäufern«. Aber die Schlußfolgerung, die ich ziehe, lautet nicht, daß Preise und Sozialismus inkompatibel sind, sondern daß die sozialen Beziehungen zwischen Käufern und Verkäufern so verändert werden müssen, daß sie nicht antagonistisch sind; der Preisbildungsprozeß muß

öffentlich sein, nicht von Unternehmen kontrolliert; und die Information muß geteilt werden, wobei der Nexus des Vertrauens, der Gegenseitigkeit und des goodwill die Grenzen setzt, innerhalb deren der Markt operiert, und nicht dem Markt untergeordnet wird.

II. Die Sozialisierung des Marktes

Es ist weitaus leichter, die Gedanken anderer zu kritisieren als eine mögliche Alternative zu entwickeln. Der zweite Teil dieses Essays wird insgesamt weitaus anfechtbarer sein als der erste, und sicherlich kürzer. Mein Ausgangspunkt für diese Erforschung einer Alternative sowohl zu Noves doppelter Ökonomie als auch zu Mandels Ökonomie ohne Preise erscheint mir recht standfest, aber viele Details spiegeln mein gegenwärtiges Denken wider und keineswegs unerschütterliche Überzeugungen. Meine Gedanken habe ich seit dem ersten Entwurf beträchtlichen Veränderungen unterzogen, und sie werden sicherlich weitere Veränderungen erleben.²¹

Produktion und Reproduktion der Arbeitskraft

Der größte Teil der Diskussion über die sozialistische Organisation der Wirtschaft geht von den Eigentumsformen an Unternehmen aus, aber das Eigentum ist nur insofern von Bedeutung, als es Implikationen für die Bedingungen der Produktion und Reproduktion der Arbeitskraft hat. In einer kapitalistischen Wirtschaft wird die Arbeitskraft von den Subsistenzmitteln getrennt, und der Prozeß der Produktion und Reproduktion der Arbeitskraft ist eine abhängige Variable, die vom Akkumulationsprozeß geprägt wird. Der grundlegende Antagonismus zwischen Käufer und Verkäufer besteht zwischen Haushalten als Verkäufern und Unternehmen als Käufern von Arbeitskraft. Dies muß verändert werden, so daß der Prozeß der Produktion und Reproduktion der Arbeitskraft zur unabhängigen Variablen wird, der sich der Akkumulationsprozeß anpaßt.

Dazu müssen Haushalte über ein Basiseinkommen verfügen, ohne Arbeitskraft an Unternehmen außerhalb verkaufen zu müssen, selbst wenn diese in öffentlichem Eigentum stehen. Sie müßten unabhängig davon auf einem niedrigen, aber würdigen Niveau existieren können. Dann erst, und nicht unter dem Zwang der Notwendigkeit, können sie wirklich entscheiden, ob sie ihre Arbeitskraft an Unternehmen verkaufen wollen. Wie dies genau erreicht werden kann, hängt von der Struktur der Ökonomie und dem Niveau der Entwicklung ab: in einer armen Agrargesellschaft wird das anders sein als in einer reichen Industriegesellschaft. In allen Fällen dürfte es angemessen sein, Gesundheitsdienste, Ausbildung, Wasser und Hygiene als öffentliche Dienste kostenlos zur Verfügung zu stellen. In einer armen Agrargesellschaft ist es wahrscheinlich ein Schlüsselfaktor, daß Haushalte Zugriff auf Land besitzen; in einer reicheren Industriegesellschaft ist ein kollektives Geldeinkommen eher am Platze. Dem Beispiel von Nove und Mandel folgend, werde ich mich im Falle der reicheren

Industriegesellschaften auf einige detailliertere Beispiele konzentrieren, aber ich werde versuchen, die Grundideen so zu formulieren, daß sie auf alle Arten von Wirtschaften anwendbar sind.

In einer industriellen Wirtschaft würde die freie Entscheidung der Haushalte auf zwei Grundlagen ruhen: der kostenlosen Bereitstellung von Grunddiensten wie Gesundheit und Ausbildung, Wasser und Hygiene, und dem Recht jedes Bürgers auf ein Minimum-Geldeinkommen für ausreichende Nahrung, Kleidung, Wohnraum und Haushaltswaren für den allernotwendigsten Lebensstandard (Linsen statt Steaks? Massenproduzierte statt Designer-Jeans? Kokosmatten statt Wolleppichen?)

Der Grund für die kostenlose Bereitstellung von Dienstleistungen wie Gesundheit und Erziehung ergibt sich aus den besonderen Kennzeichen dieser Dienste (Interdependenzen und Externalitäten), nicht weil sie grundlegend sind. Man könnte aus ähnlichen Gründen auch für das kostenlose Angebot anderer Dienste plädieren, wie den Nahverkehr. Aber da praktisch alle Sozialisten in diesen Fragen übereinstimmen, werde ich sie nicht detaillierter untersuchen. Ich werde jedoch den freien Zugang zu Informationsnetzen hinzufügen: Druck, Telefon, Fotokopierer, Faxer, Computer etc. Wie später deutlich werden wird, ist eine notwendige Bedingung für die Sozialisierung des Marktes der freie und leichte Zugang zu Informationen. Datenbanken und Offenlegung der Information sind wesentlich für die Entwicklung von Beziehungen des Vertrauens, des goodwill und der Gegenseitigkeit. Deshalb muß nicht jeder Haushalt seinen eigenen Personalcomputer haben, sein Modem, Telefon und seine Satellitenantenne; aber es impliziert, daß jedem Haushalt der gleiche Zugang zu derartigen Einrichtungen garantiert wird wie zu Schulen und Krankenhäusern.

Diese kostenlos gestellten Dienstleistungen müßten so organisiert werden, daß sie den Haushaltsbedürfnissen entsprechen, und nicht nur den Bedürfnissen ihrer Produzenten. Dazu wäre nötig, Formen der Verantwortlichkeit gegenüber Haushalten zu entwickeln, vielleicht durch Benutzerorganisationen. Solche Formen der Verantwortlichkeit existieren sehr keimhaft in einigen westeuropäischen Ländern (z.B. Gemeinde-Gesundheitsräte in Großbritannien), aber es fehlt ihnen echte Macht.

Die anderen Elemente des Grundeinkommens würden *nicht* kostenlos geliefert, aber sie stünden in Geldform zur Verfügung. Es gibt eine wachsende Literatur zur Rolle allgemeiner Zuschüsse beim Aufbau des Sozialismus²², die ich hier nicht detailliert kommentieren werde. Offensichtlich stellt sich die Frage: Wenn jeder ein garantiertes Einkommen erhält, das ihn von der Notwendigkeit befreit, seine Arbeitskraft an Unternehmen zu verkaufen – wie wird garantiert, daß die Waren, für die das garantierte Einkommen ausgegeben werden soll, auch produziert werden? Eine Antwort lautet, daß die meisten Menschen mehr werden kaufen wollen als das Garantieeinkommen erlaubt (manchmal Steaks und Wein statt Linsen und Wasser), und daher sehr gerne ihre Arbeitskraft verkaufen werden, um sich ein höheres Einkommen zu verschaffen. Eine andere Antwort besteht darin, daß die Menschen das Geld benutzen werden, um eigene Produktionsmittel anzuschaffen und Heimarbeitsplätze einzurichten oder sich mit anderen Haushalten zur Bildung von Kooperativen zusammenzutun. Eine dritte Antwort lautet, daß die Menschen genug Gemeinschaftsbewußtsein aufbringen, um

zu erkennen, daß sie zur Produktion beitragen müssen, wenn das garantierte Einkommen überhaupt eine gewisse Kaufkraft haben soll: aber dieses Argument ist offen für den Einwand des »Trittbrettfahrers« – daß einige sozial gesinnt sein werden und andere nicht. Sicherlich hängt sehr viel davon ab, in welchem Zusammenhang die Garantie dieses Einkommens erfolgt: Die Befürwortung allgemeiner Garantien als eines wesentlichen Zuges einer sozialistischen Ökonomie hat meiner Meinung nach nicht zur Folge, daß der kapitalistische Wohlfahrtsstaat – einschließlich der Gesetzgebung zum Schutz der Arbeitnehmerrechte – durch einen Kapitalismus mit allgemeinen Garantien ersetzt wird.²³ Die allgemeinen Garantien müssen als Teil eines Paketes sozialer Vereinbarungen gesehen werden, wobei die Abschaffung des Kapitals die entscheidende Vorbedingung ist.

Ich habe einen Vorschlag, um mit dem »Trittbrettfahrer«-Problem fertig zu werden, der zusätzlich den Vorzug aufweist, zur Sozialisierung der unbezahlten Arbeit beizutragen, die für die Produktion und Reproduktion der Arbeitskraft erforderlich ist: Neben dem Recht auf ein garantiertes Einkommen sollte für gesunde Erwachsene die Pflicht existieren, unbezahlte Haushaltsarbeit zu leisten, durch Pflege und Besorgungen für diejenigen, die nicht mehr für sich selbst sorgen können. Wer bereits für eine junge oder alte oder kranke oder behinderte Person sorgt, wäre davon ausgenommen. Jeder müßte unbezahlte Gemeinschaftsarbeit leisten, wie zum Beispiel für ein behindertes Kind zu sorgen, während der Erzieher des Kindes dadurch Freizeit bekäme – für Muße oder Arbeit. Die Sozialisation der Haushalts- und anderer unbezahlter Hausarbeiten war immer ein Ziel sozialistischer Feministinnen. Aber dabei war vielleicht die Tendenz zu stark ausgeprägt, solche Arbeiten aus dem Haushalt herauszuziehen – Kindergärten, Altersheime, psychiatrische Krankenhäuser, Gemeindehäuser. Diese Einrichtungen haben ihre Funktion, aber sie sehen die Vorteile persönlicher Abgeschlossenheit, eines Raumes für sich allein, der individuellen Pflege zu negativ. Statt einfach den Bereich des Lebens innerhalb des Haushalts zu reduzieren, würde ich vorschlagen, den Beitrag zur Sorge für andere in den Haushalten sozial aufzuwerten. Die vorgeschlagene Lösung könnte auch genutzt werden, um die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung bei dieser Arbeit zu überwinden. Männer könnten auch die weiblichen Sorgepflichten erlernen. Die Tatsache, daß alle Bürger, einschließlich der Kinder, ein garantiertes Einkommen für sich erhielten, würde auch dazu beitragen, die Abhängigkeit der Frauen und Kinder von Männern abzubauen. Ein anderer Punkt betrifft die reale Kaufkraft der garantierten Einkommen. Der reale Lebensstandard, der mit einem solchen Garantieeinkommen zu erzielen ist, hängt von Preisen ab und wird von der Inflation ausgehöhlt. Der Wert eines Geldeinkommens im Kontrast zu einem in Sachgütern hängt daher sehr stark von dem Prozeß der Preisbildung ab. Es gibt daher eine direkte Verbindung zwischen der Abhängigkeit von einem Geldeinkommen und der Sozialisation des Marktmechanismus.

Die meisten Haushalte werden nicht nur Käufer, sondern auch Verkäufer sein, zumindest in irgendeiner Phase ihres Lebenszyklus. Manche werden sich entscheiden, Haushaltsbetriebe zu gründen oder mit anderen Haushalten Kooperativen zu bilden und ihre Produkte zu verkaufen. Diese Aktivitäten werden wahrscheinlich auf nied-

rigem Niveau erfolgen. In den meisten Haushalten werden wahrscheinlich Mitglieder zu irgendeinem Zeitpunkt ihres Lebens in größeren öffentlichen Unternehmen arbeiten und ihre Arbeitskraft für Lohn verkaufen. Wenn die Notwendigkeit dazu fortfällt, fällt auch die grundlegende Ursache für den Antagonismus zwischen den Käufern und Verkäufern von Arbeitskraft fort. Aber entscheidende Fragen bleiben dennoch offen: in Bezug auf die Organisation der Arbeit in den Unternehmen, die Neuverteilung der Arbeit bei veränderten wirtschaftlichen Bedingungen und die Festlegung der Löhne. Wenn Arbeitskraft zur unabhängigen Variable werden soll, darf Arbeitskraft nicht einfach als eine Ressource unter anderen behandelt werden – wie Maschinen und Rohstoffe, selbst dann, wenn in den Bilanzen des Unternehmens alle in Geldform erscheinen.

Öffentliche Unternehmen mit Belegschaftsmanagement

Die öffentlichen Unternehmen müssen also von der Belegschaft geleitet werden; es muß ein »Recht auf Arbeit« für diejenigen geben, die bei öffentlichen Unternehmen beschäftigt sind, und die Grundlöhne müssen durch einen »sozialisierten« Arbeitsmarkt festgelegt werden. Management durch die Belegschaft bedeutet, daß die gesamten Personalkosten eines Unternehmens im allgemeinen nicht einfach als Kosten betrachtet werden, die minimiert werden müssen. Dies mag Besorgnisse über »mangelnde Leistung« und ausbleibende Innovation hervorrufen. Aber es gibt keinen Grund, warum ein Unternehmen unter Belegschaftsmanagement kein Interesse haben sollte, die Personalkosten pro Stück durch eine bessere Produktionsorganisation zu senken, wobei Produktivitätszuwächse entweder in Freizeit oder Geld entlohnt würden. Ein Unternehmen unter Belegschaftsmanagement wäre besser gerüstet, Tendenzen zu widerstehen, die Personalkosten pro Stück durch eine Intensivierung der Arbeit, durch Abstriche an den Gesundheits- und Sicherheitsmaßnahmen oder durch Entlassungen zu senken. Diese letzten drei Maßnahmen mögen die Leistungsfähigkeit unter dem Kriterium der Profitabilität erhöhen, aber es ist eine einseitige Leistungsfähigkeit, die zwar die Befriedigung der Bedürfnisse der Haushalte als Käufer verbessern mag, aber die Befriedigung der Bedürfnisse der Haushalte als Verkäufer von Arbeitskraft verschlechtert.

Arbeiter in öffentlichen Unternehmen unter Belegschaftsmanagement unterlägen nicht dem gleichen Maß an Kontrolle wie Kooperativen, weil es für die Verfügung über und die Nutzung ihrer Anlagen gewisse Beschränkungen gäbe. In zentral geplanten Ökonomien wurden derartige Beschränkungen durch eine gewaltige zentrale Bürokratie von Ministerien der verschiedenen Industriezweige durchgesetzt. Sozialisten müssen nicht überzeugt werden, daß diese Bürokratie verschwinden muß; ich schlage vor, stattdessen ein Amt für die Regulierung der öffentlichen Unternehmen einzurichten, dessen Aufgabe nicht darin besteht, Produktionsziele festzulegen und Produktionsmaterial zu verteilen, sondern bestimmte demokratisch festgelegte Normen für die Nutzung öffentlicher Anlagen durchzusetzen, um zu verhindern, daß die Angestellten eines öffentlichen Unternehmens sich die Anlagen für sich selbst

oder ihre Partner aneignen. Der Regulator der öffentlichen Unternehmen würde im Namen der Gemeinschaft die Eigentumsrechte an den Unternehmen ausüben, während die Unternehmensangestellten auf Nutzerrechte beschränkt wären. Es gäbe keine Kapitalmärkte mit Übernahmen und Bankrotten. Die Rekonstruktion der Unternehmen läge in der Verantwortung des Regulators. Als Ausgleich für diese Beschränkung ihrer Rechte erhielten die Angestellten öffentlicher Unternehmen einen beträchtlichen Teil ihres Einkommens als Festlohn ausgezahlt, statt eines Anteils am Überschuß des Unternehmens, aber es könnte variable Zulagen auf die Produktivität geben, die von der individuellen, Team- und Unternehmensleistung abhingen. Unternehmen würden ihr Material und ihre Ausrüstung kaufen und ihre Produktion auf »sozialisierten« Märkten verkaufen, mit Ausnahme jener, die kostenlose Dienste liefern. Sie müßten innerhalb eines Rahmens enger Umweltschutz-, Gesundheits-, Sicherheits- und Verbraucherschutzbestimmungen arbeiten, die durch gut ausgestattete Inspektoren überprüft würden. Normalerweise würden sie sich selbst finanzieren, ausgenommen jene, die kostenlose Dienstleistungen liefern und aus Steuermitteln finanziert würden.

Betriebsgründungen würden ermutigt. Teams von Arbeitern könnten beim Regulator die Erlaubnis beantragen, ein neues öffentliches Unternehmen zu gründen, und sich dafür (gegen Zinsen) öffentliche Gelder zuweisen zu lassen. In einigen Industriezweigen könnte ein System eingeführt werden, wonach Teams von Arbeitern beim Regulator beantragen könnten, öffentliche Einrichtungen für einen bestimmten Zeitraum zu betreiben. Es gäbe Spielraum für eine Vielfalt von Formen öffentlicher Kontrolle und dezentralisierter Initiative.²⁴

Offensichtlich ergäben sich Situationen, in denen ein Unternehmen zahlungsunfähig würde und saniert werden müßte. An diesem Punkt käme der Regulator der öffentlichen Unternehmen ins Spiel. Niemand würde entlassen. Stattdessen würde der Regulator bei der Ausarbeitung von Plänen helfen, um den Angestellten vergleichbare Arbeitsplätze in anderen Unternehmen anzubieten oder ihnen nach einer Umschulung neue Arbeitsplätze zu verschaffen. Angestellte hätten in diesem Prozeß klar definierte Rechte und könnten sie vor Gericht durchsetzen. Der Regulator der öffentlichen Unternehmen würde eine Übergangsfinanzierung organisieren und hätte auch das Recht, die Gelder zurückzuhalten, wenn Arbeiter eher einen bequemen Arbeitsplatz suchen als sich auf eine Restrukturierung einzulassen.

Mir ist klar, daß ich nichts über die notwendigen internen Verfahrensweisen gesagt habe, um ein echtes Management durch die Belegschaft zu garantieren. Angesichts großer Unterschiede in den Fertigkeiten und Arbeitsplätzen verschiedener Angestellter wird es unmöglich sein, daß alle eine gleiche Rolle spielen. Es muß jedoch versucht werden, die Nachteile für diejenigen mit geringeren Fertigkeiten und unwichtigeren Arbeitsplätzen aufzufangen. Wesentlich ist ein offenes, für alle Beschäftigten zugängliches Informationssystem. Aber genauso wichtig ist die Fähigkeit, die Information zu verstehen, und der offene Zugang zur Information allein wird dies nicht gewährleisten. Daher müssen verschiedene Gruppen von Arbeitern die Möglichkeit haben, Vertreter ihrer Wahl anzurufen (die von den Gewerkschaften gestellt werden

könnten), wenn sie Hilfe brauchen, um eine Politik zu formulieren und ihre Rechte bei der Restrukturierung geltend zu machen. Der offene Zugang zur Information wird auch nicht ausreichen, wenn die Situation instabil ist und eine Menge Befugnisse in den Händen einiger Entscheidungsträger konzentriert werden muß. Die Möglichkeiten egalitärer Formen des Managements durch die Belegschaft stehen daher in einer Wechselbeziehung zu den Beziehungen zwischen den Unternehmen. Es ist nicht möglich, innerhalb eines Unternehmens völlig freien Zugang zu Informationen zu gewähren, die anderen Unternehmen vorenthalten werden. Die völlige Offenlegung der Informationen zwischen Unternehmen ist jedoch ein Schlüsselkennzeichen sozialisierter Märkte, und das gilt auch für kontinuierliche Beziehungen zwischen Käufern und Verkäufern, die dazu beitragen, die Umgebung eines Unternehmens zu stabilisieren. Sozialisierte Märkte wären dann weit eher mit industrieller Demokratie vereinbar als Märkte, die von Unternehmen organisiert werden.

Sozialisierte Märkte

Ich möchte zunächst einige allgemeine Kennzeichen sozialisierter Märkte umreißen. Danach werde ich detaillierter erörtern, wie diese für die Arbeitskraft, für Rohstoffe und Halbfertigwaren (d.h. Güter, die zwischen Unternehmen ge- und verkauft werden; nennen wir sie Produktionsgüter) und für Konsumgüter funktionieren könnten. Ein sozialisierter Markt wird von öffentlichen Körperschaften getragen, die mehr aus der Besteuerung der Unternehmen und Haushalte finanziert werden als aus ihren Umsätzen. Es ist auch ein Markt, in dem die »unsichtbaren Handschläge«, das Verhältnis von goodwill und Gegenseitigkeit, das auch Marktökonomien zumindest bis zu einem gewissen Grad auszubilden für nötig fanden, in öffentliche Informationsnetze mit allgemeinem Zugang überführt werden – statt in »inneren Kreisen« oder »Industrieclubs« stattzufinden, aus denen »Außenseiter« ausgeschlossen bleiben. Derartige Netze hätten Sekretariate, die aus Steuergeldern bezahlt werden statt durch den Verkauf ihrer Dienstleistungen.

Der Grund für die Einführung öffentlicher Marktbildner (nennen wir sie Preis- und Lohn-Kommissionen) liegt darin, die Schranken des Informationsaustausches zu überwinden, die auf privaten Märkten existieren. Die österreichische Schule hat immer hervorgehoben, in welchem Ausmaß Märkte Informationen erzeugen; weniger betonte sie, wie Märkte Informationen fragmentieren. Profitorientierte Unternehmen, die durch den Geldnexus verbunden sind, haben ein Motiv, Informationen über ihre Produktivität, ihre Produktionskosten und Neuerungen geheimzuhalten. Ein Vorteil des Marktes liegt darin, wie er zur Initiative anreizt; aber ein Nachteil liegt in der Art, wie er Schranken für die Verbreitung von Informationen errichtet. Ein sozialisierter Markt erlaubt die Initiative, die ein wesentliches Kennzeichen einer Gesellschaft freier Menschen ist, aber er schafft auch neue Wege und Motive für individuelle Initiativen; die dem Gemeinwohl dienen.

Die Preis- und Lohn-Kommissionen müßten von daher auf drei Wegen vorgehen. Zunächst würden sie materielle Einrichtungen für den Austausch von Informationen

über die Bedingungen von Käufen und Verkäufen zwischen den Unternehmen schaffen, wie auch zwischen Unternehmen und Haushalten. Die Art dieser Einrichtungen muß vom Niveau der ökonomischen Entwicklung abhängen. In einer armen Agrarökonomie wäre die Einrichtung von Märkten der erste Schritt. In einer industrialisierten Ökonomie mit Zugang zu Mikro-Computern wäre ein elektronischer Markt möglich. Auch in kapitalistischen Industriegesellschaften entstehen elektronische Märkte, wenn auch fragmentiert. Ein öffentlicher elektronischer Markt hätte den enormen Vorteil der Standardisierung – zur Zeit wird die Entwicklung kapitalistischer elektronischer Märkte behindert durch die Inkompatibilität der Markengeräte. Bei der Informationssammlung und -verarbeitung sind große Einsparungen möglich, die ein integrierter, öffentlicher elektronischer Markt zu niedrigeren Transaktionskosten nutzen könnte. Dies gäbe Unternehmen und Haushalten einen positiven Anreiz, den öffentlichen Markt zu benutzen; er wäre billiger, als eine eigene fragmentierte Informationssammlung über Kauf- und Verkaufsbedingungen zu unternehmen.

Welche Art an Information sollten die Preis- und Lohn-Kommissionen sammeln und speichern? Sie müßten über die Information über die Stückpreise hinausgehen. Einer der Gründe für einen sozialisierten Markt liegt darin, die Preisbildung transparent und öffentlichen Überprüfungen zugänglich zu machen. In industrialisierten Marktökonomien bilden die meisten Unternehmen ihre Preise, indem sie den Kosten eine Gewinnspanne hinzufügen, aber die Kosten und die Spanne werden nicht öffentlich gemacht. Die Preis-Kommission würde Informationen über Stückkosten einfordern, so daß die Öffentlichkeit das Verhältnis zwischen Kosten und Preisen einschätzen könnte. Würde es für die Unternehmen besondere Kosten verursachen, diese Informationen zu liefern? Nicht, wenn Unternehmen derartige Informationen bereits für ihre eigenen internen Managementzwecke sammeln. Kostenrechnung ist in kapitalistischen Ökonomien tatsächlich bereits ein fundamentales Werkzeug des Managements. Der Unterschied läge nicht in der Verpflichtung, neue Informationen zu liefern, sondern die normalerweise geheim gehaltenen Informationen offenzulegen. Die zweite Aufgabe bestünde also darin, die Offenlegung von Informationen auf der Grundlage standardisierter Kostenrahmen zu erzwingen, als Voraussetzung für die Zulassung zum öffentlichen Markt.

Eine dritte Aktivität läge darin, die Bildung der Preise und Löhne zu lenken. Natürlich ist es für Preis- und Lohn-Kommissionen selbst unmöglich, jede Transaktion zu überwachen und zentral alle Preise und Löhne zu kontrollieren. Es gibt immer die Möglichkeit inoffizieller »grauer« oder »schwarzer« Transaktionen außerhalb der zentralen Kontrolle. Die Preis- und Lohn-Kommissionen können jedoch Preis- und Lohnnormen schaffen und die Informationen liefern, die es Käufern und Verkäufern ermöglichen, selbst die Preise und Löhne auf dezentralisierte Weise zu überwachen. Auch steuerliche Maßnahmen und Sanktionen für Vertragsverletzungen können genutzt werden, um die Befolgung der Normen zu fördern und Abweichungen zu bestrafen. Preise und Löhne, die bei einer bestimmten Transaktion geboten werden, können mit den Normen verglichen werden. Wenn sowohl die Käufer wie auch die Verkäufer bei einer bestimmten Transaktion von der Norm abweichen wollen (für

eine schnellere Lieferung oder die Erfüllung eines spezifischen Kundenwunsches zum Beispiel), stünde ihnen dies frei. Aber sie hätten auch die Möglichkeit, sich Abweichungen von der Norm zu widersetzen und eine Untersuchung durch die zuständige Kommission zu fordern. Wenn viele Käufer und Verkäufer einer Abweichung von der Norm zustimmen, könnte dies bedeuten, daß die Norm überprüft werden muß. Kurzfristig jedoch neigen dezentralisierte Industrieökonomien zu gleichbleibenden Preisen, wobei Mengenanpassungen (im Umfang der Auftragsbücher oder der Veränderungen in der Produktpalette) die wichtigste Rolle spielen. Längerfristig gewinnt die Preisanpassung an Bedeutung, wegen des Einflusses der Preise auf die Beurteilung der notwendigen Investitionen. Wegen der Preiskonstanz wird die Kommission dem Ablauf der Transaktionen manchmal eher zuvorkommen als folgen müssen und Preisnormen ändern, *bevor* sich die Preise in den aufgezeichneten Transaktionen wahrnehmbar geändert haben. Zu diesem Zweck wird sie Informationen aus den Netzen anfordern, über Lagerbewegungen und Kapazitätsauslastung. Die Normen müssen interaktiv gebildet werden, auf der Grundlage der Informationen von Käufern und Verkäufern, nicht zentral auferlegt, ohne die Anforderungen der Käufer und Verkäufer zu berücksichtigen.²⁵

Eine fortgeschrittene Ökonomie kann den elektronischen Markt mit einem elektronischen Zahlungssystem verbinden. Ein öffentliches elektronisches System für Abschlüsse wird die Bedingungen aller erfolgten Transaktionen aufzeichnen, und diese Information kann verarbeitet werden, um Abweichungen von der Norm offenzulegen. Wiederum werden die niedrigeren Transaktionskosten eines öffentlichen Aufzeichnungssystems Käufern und Verkäufern einen Anreiz zur Benutzung geben. Elektronische, »bargeldlose« Abwicklungssysteme werden in kapitalistischen Industrieländern bereits entwickelt, aber wie beim elektronischen Markt werden sie durch fehlende Absprachen über technische Standards und hohe Startkosten behindert.

Mit öffentlichen Marktbildnern müssen öffentlich organisierte Netze von Käufern und Verkäufern einhergehen, mit einem gemeinsamen Interesse, den direkten Austausch von Informationen zum Beispiel über die Spezifikationen von Waren und Produktionsprozessen sowie über Investitionspläne zu fördern. Derartige Informationsnetze²⁶ würden sich von Bürokratien mit ihren Hierarchien der Macht und ihrem Nexus der Regeln unterscheiden; und auch von Märkten, in denen die Beziehungen diskontinuierlich sind und durch den Geldnexus vermittelt werden. Sie würden sich von den informellen Netzen der Unterverträge zwischen Unternehmen unterscheiden, weil sie mit öffentlichen, aus Steuergeldern finanzierten Sekretariaten ausgestattet würden, um den Informationsaustausch zu erleichtern; und jede soziale Einheit, die öffentlich spezifizierten Kriterien gerecht würde, hätte freien Zugang. Die Informationsnetze würden sich nicht auf Preise und Kosten konzentrieren, sondern auf die Mengen und Charakteristika von Gütern und Produktionsprozessen. Es stünde jedem offen, ein eigenes Informationsnetz aufzubauen; aber diese Netze würden ergänzt durch öffentliche Netze, deren Koordinatoren das Recht hätten, die Offenlegung von Informationen zu verlangen. Netze aus Käufern und Verkäufern könnten einige der Interdependenzen vor der Entscheidung aufhellen; so daß einzelne Einhei-

ten bei ihren Entscheidungen die Konsequenzen für die Allgemeinheit besser berücksichtigen könnten.

Netz-Koordinatoren, wie zum Beispiel die Preis- und Lohn-Kommissionen, hätten dreierlei Funktion: Erleichterung des Informationsaustausches, Durchsetzung der Informations-Offenlegung, sowie eine interaktive Rolle, in diesem Fall beim Entwurf und der Spezifikation von Gütern und Produktionsprozessen. Es gäbe notwendigerweise eine Vielzahl von Netzen: zum Beispiel ein Energienetz, ein Transportnetz, ein Netz für Berufsqualifikationen, ein Netz für Konsumgüter. Die Käufer/Verkäufer-Netze würden sich auf Informationen über Lagerhaltung, Kapazitäten, Entwürfe und Spezifikationen konzentrieren. Wiederum brauchen die Unternehmen deshalb keine neuen Informationen zu sammeln, was ihre Kosten erhöhen würde, sondern nur die Informationen offenzulegen, die sie für ihre eigenen Zwecke ohnehin brauchen. Zum Beispiel wird in industrialisierten kapitalistischen Gesellschaften die Information über die Lagerhaltung in dem Maße immer wichtiger, wie sich Systeme der Lagerkontrolle zur sofortigen Erfassung einbürgern. Die elektronische Technologie hat es weitaus leichter und billiger gemacht, den Lagerstand zu kontrollieren.

Käufer/Verkäufer-Netze wären die Grundlage für einen dezentralisierten sozialen Planungsprozeß, in dem die Implikationen der Investitionspläne verschiedener Einheiten vor dem Abschluß der Pläne eingeschätzt werden könnten. Die Sekretariate solcher Netze könnten mit einer nationalen Planungsagentur in Austausch treten, um eine abgestimmte Gesamtstrategie für die nationale Ökonomie zu schaffen. Die Wünschbarkeit der Dezentralisierung von Entscheidungen zur Kapazitätsauslastung und Innovation bedeutet nicht, daß keinerlei Form zentraler Planung für die gesamte Wirtschaft erforderlich wäre. Tatsächlich bedarf es einer Gesamtstrategie, um festzulegen, welche Sektoren expandieren, welche abnehmen sollen; wieviel für Investitionen und wieviel für Konsum angesetzt werden soll; und welche Engpässe behoben, welche als Grenzen akzeptiert werden sollen. Aber diese Strategie würde nicht durch die zentralisierte Zuweisung materieller Ressourcen und Produktionsziele für jedes Unternehmen durchgesetzt. Die japanische und französische strategische Planung kommen dem, was mir vorschwebt, vielleicht am nächsten – aber ihnen fehlen die Möglichkeiten der Durchführung, die einer sozialistischen Ökonomie offenstünden; und die Informationsnetze, auf die sie sich verlassen, sind eher »innere Kreise« und Verbände als offen zugängliche Netze. Die Kommissionen und Netze würden in bezug auf Arbeitskraft, Produktions- und Konsumgüter etwas anders funktionieren, so daß diese getrennt behandelt werden.

Der Arbeitsmarkt

Die Lohnkommissionen würden Einrichtungen für den Informationsaustausch über offene Arbeitsplätze und Arbeitssuchende schaffen. Dies allein wäre für die industrialisierten Ökonomien nichts Neues, aber solche Institutionen wurden in kapitalistischen Gesellschaften beklagenswert schlecht ausgestattet und lieferten nur sehr begrenzte Informationen über offene Stellen und Arbeitssuchende. Sie ließen viel Raum

für profitorientierte private Vermittlungsagenturen und für profitorientierte wie andere Datenermittlungsagenturen. Insbesondere lieferten sie keine vergleichenden Informationen über den allgemeinen Zustand des Arbeitsmarktes, die es Unternehmen und Arbeitssuchenden gestattet hätten, die Bedingungen angebotener Arbeitsplätze zu bewerten. Sie lieferten auch keine Informationen darüber, wie relative Löhne festgelegt werden (ob durch Arbeitsplatzbeschreibungen oder »nach Brauch und Sitte«). Um wirksam zu funktionieren, bräuchte die Lohnkommission nicht nur eine obligatorische Benachrichtigung über offene Stellen, sondern auch Informationen des Unternehmens über die Verdienste und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und über die Einzelheiten der Arbeitsplatzbewertung und Einstufungsrichtlinien. Diese Art der Information sammeln Personalabteilungen in jedem Falle: zusätzlich wäre die Offenlegung dieser Daten erforderlich, und eine weitere Verarbeitung durch die Lohnkommission. Mikro-Prozessoren mit Tabellenkalkulation und der Fähigkeit zur graphischen Darstellung bräuchten nur sehr wenig Zeit, um die Daten zusammenzufassen und so darzustellen, daß sie für Arbeitssuchende oder Personalabteilungen leicht verständlich wäre. Die Lohn-Kommission würde auch bei angemessener Ausstattung keine weitere kostspielige Ebene der Bürokratie bilden. Sie würde einen ganzen Wust von Agenten ersetzen, die in kapitalistischen Ökonomien Informationen zwar schaffen, aber auch fragmentieren und verbergen.

Die Lohn-Kommission könnte bei der Durchsetzung von Minimalstandards für Arbeitsbedingungen helfen, indem sie Arbeitsangebote vom sozialisierten Markt ausschließt, die diese Normen nicht erfüllen. GleichermäÙe könnte sie zur Durchsetzung von Arbeitsplatzbewertungsprozeduren beitragen, die bestimmten Minimalanforderungen genügen (wie zum Beispiel gleicher Bezahlung für Arbeit gleichen Werts und einer Bewertung, die der Muskelkraft nicht immer einen größeren Wert beimißt als der Fingerfertigkeit). Derartige Minimalstandards müÙten sicherlich durch Gesetzgebung festgelegt werden; aber darüber hinaus könnte die Lohn-Kommission Informationen über »empfehlenswerte Methoden« verbreiten und Verbesserungen anregen. Neben der Sammlung, Verarbeitung und Verbreitung von Informationen würde die Lohn-Kommission Grund«normen« erstellen, sowohl für die relativen Grundlöhne als auch für allgemeine Erhöhungen der Grundlöhne. Dies wäre ein entscheidender Beitrag, um sowohl eine sozial gerechte Einkommensverteilung zu erreichen als auch die Inflation zu kontrollieren. Es ist von absoluter Bedeutung, daß *alle* Löhne, von dem des (demokratisch gewählten) Präsidenten bis zum letzten ungelerten Arbeiter, davon erfaßt würden. (Ich gehe davon aus, daß es außer Zinsen für persönliche Ersparnisse keinerlei Einkommen aus Privateigentum gibt.) Da jedem ein Minimaleinkommen garantiert wäre, läge der relative Lohn für ungelerte, langweilige und unangenehme Arbeit wahrscheinlich höher als heutzutage üblich, weil sonst niemand diese Arbeit tun würde.

Die Einführung relativer Lohnnormen würde über die demokratisch kontrollierte Arbeitsplatzbewertung erfolgen und könnte jährlich revidiert werden, um veränderte ökonomische und soziale Strukturen zu berücksichtigen, wie sie sich in der Statistik über offene Arbeitsplätze und Arbeitssuchende niederschlagen. Die Einführung einer

Norm für allgemeine Lohnerhöhungen hinge ab von makroökonomischen Entscheidungen über das Niveau der gesamten Investitionen und des Gesamtkonsums sowie das zugrundeliegende Produktivitätswachstum. Sie würden über eine Vielzahl von Kanälen durchgesetzt: Steuerliche Maßnahmen; Sanktionen für Vertragsverletzung; Veröffentlichung von Abweichungen; und die Schaffung einer Atmosphäre des Vertrauens, die sich auf eine offene Gesellschaft gründet, einschließlich eines öffentlichen Prozesses der Preisbildung, mit Normen, die von der Preiskommission festgelegt würden. Ziel wäre, den Prozeß der Lohnbildung so transparent als möglich zu machen.

In einem solchen System verlören die Gewerkschaften bei der Aushandlung der Grundlöhne mit dem Unternehmensmanagement an Bedeutung. Aber es gäbe für Gewerkschaften sicherlich noch eine wichtige Funktion: indem sie ihren Mitgliedern helfen, ihre Rechte wahrzunehmen; im Aushandeln der Produktionsorganisation und der Verwendung der Unternehmensüberschüsse (nach Steuern); in der Beratung bei der Erstellung von nationalen Standards für die Arbeitsplatzbewertung. Gewerkschaften sind ein Ausdruck der Arbeitsteilung; und wenn die Arbeitsteilung sich ändert, ändert sich auch ihre Rolle. Aber solange es wesentliche Unterschiede gibt in der Bedeutung der Arbeitsplätze, wobei einige Verantwortung tragen (»geistige Arbeit«), während andere nur für die Durchführung verantwortlich sind (»körperliche Arbeit«), dann sind auch Gewerkschaften notwendig, um die Rechte der letzteren zu verteidigen. Dazu sollte auch das Streikrecht gehören, und das Recht auf eine echte Autonomie der Organisation.

Es gäbe keine erzwungene Arbeitslosigkeit, weil der Regulator der öffentlichen Unternehmen als eine Art »holding company« für Menschen fungieren würde, deren Arbeitsplätze wegrationalisiert wurden; sie würden ihre Grundlöhne beziehen und er würde ihnen eine organisatorische Struktur für Ausbildung und Umschulung zur Verfügung stellen, bis sie neue Arbeitsplätze erhielten. Netze zwischen Nutzern und Lieferanten der Arbeitskraft (einschließlich Haushalten und Ausbildungs- und Umschulungsinstitutionen) könnten eine wichtige Rolle dabei spielen, die Kosten derartiger Operationen zu senken; und sie würden auch die Grundlage für die Planung der Arbeitskraft liefern, indem sie quantitative Informationen über die Berufsstrukturen und Voraussagen auf zukünftige Bedürfnisse sammeln. Eine Vielzahl von Netzen könnte sich um Fertigkeiten, Qualifikationen und Berufe organisieren. Sowohl Nutzer als auch Lieferanten von Arbeitskraft haben ein Interesse, Fertigkeiten zu entwickeln: Kreativität, Selbstdisziplin, Kenntnis von Techniken etc. Netze für Berufsqualifikationen böten Raum für die Entwicklung nützlicher Methoden der Ausbildung und Nutzung von Arbeitskraft; sie könnten verhindern, daß sich Arbeitsplätze ohne Perspektiven herausbilden, oder auch einseitige, begrenzte, nicht allgemein anwendbare Fertigkeiten. Sie würden nicht ausschließen, daß der Wunsch eines Individuums nach Befriedigung am Arbeitsplatz in Konflikt gerät mit dem Ziel eines Unternehmens, sich selbst zu finanzieren. Aber sie böten den Raum, auf dem verschiedene Agenten die Gelegenheit hätten, sich in die Rolle anderer zu versetzen und die Organisation der Ausbildungs-, Erziehungs- und Arbeitsprozesse unter verschiedenen

Aspekten zu betrachten. Neben der Sammlung und Speicherung von Information bestünde eine wichtige Aufgabe der Netz-Sekretariate darin, den Netz-Mitgliedern Gelegenheiten zu verschaffen, die Erfahrungen anderer zu teilen, von Rollenspielen über den Personalaustausch zwischen Unternehmen und Ausbildungs- und Schulungsinstitutionen bis hin zu einer Tätigkeit als Berater füreinander.

Ohne Maßnahmen zur Vergesellschaftung des Arbeitsmarktes ist Arbeitslosigkeit fast unausweichlich. In Ländern, in denen der Marktsozialismus am weitesten entwickelt ist, wie Ungarn und Jugoslawien, wächst die Arbeitslosigkeit an, während das Arbeitsplatzangebot und die Umschulungsmöglichkeiten hoffnungslos darniederliegen. Aber die zentralisierte bürokratische Zuweisung von Ressourcen durch Ministerien erstickt das Produktivitätswachstum und die Innovation. Die von mir vorgeschlagenen Maßnahmen haben, wie ich glaube, eine gewisse Chance, diese beiden unerwünschten Extreme zu vermeiden.

Der Markt für Produktionsgüter

Kauf und Verkauf dieser Güter finden zwischen Unternehmen statt. Es gibt keinen Grund, warum öffentliche Unternehmen nicht dezentralisiert beim Kauf und Verkauf von Rohstoffen und Halbfertigwaren initiativ werden sollten, innerhalb bestimmter Richtlinien, die vom Regulator für den öffentlichen Sektor festgelegt würden, um ihre Expansion zu regulieren und eine falsche Verwendung der Anlagen zu verhindern. Über die Tätigkeit der Preis-Kommission für Produktionsgüter bei der Schaffung von Einrichtungen für den Austausch von Informationen über Kaufs- und Verkaufsbedingungen braucht kaum noch etwas gesagt zu werden. Besonderer Nachdruck gilt hier der Funktion, die Offenlegung der Informationen durchzusetzen, weil Kartelle und Preisabsprachen in einigen Industriezweigen kapitalistischer Länder besonders verbreitet sind. Können wir uns darauf verlassen, daß Unternehmen sich an die abgesprochenen Kostenrahmen halten und die Stückkosten wie gefordert offenlegen? Werden sie nicht doppelte Bücher führen, für sich und für die Preiskommission? Die Frage der Informationsqualität bedarf sorgfältiger Erwägung. In Systemen mit zentralisierter Ressourcen-Zuweisung gibt es wohlbekannte Probleme, weil die Unternehmen den zentralen Planern keine verlässlichen Informationen über den Ressourcenbedarf pro Stück liefern. In derartigen Systemen gibt es einen eingebauten Anreiz für Unternehmen, Fehlinformationen zu liefern, weil die zentralen Planer den Unternehmen Produktionsziele zuweisen und den Materialbedarf zum Erreichen dieser Ziele festlegen. Natürlich zeigen Unternehmen die Neigung, den Materialbedarf pro Stück nach oben zu korrigieren, um die Produktionsziele leichter zu erreichen. Gibt es Anreize, der Preis-Kommission falsche Informationen über die Stückkosten zu liefern? Um dies zu beantworten, müssen wir das Wesen des Preisbildungsprozesses in Erwägung ziehen.

Es ist bekannt, daß die meisten Unternehmen in kapitalistischen Industriegesellschaften die Preise als Gewinnspanne auf der Grundlage ihrer Stückkosten festlegen, wobei das Maß der Gewinnspanne vom Verhalten der Konkurrenten und der Kunden be-

grenzt wird. Die Preis-Kommission würde Preisnormen auf ähnliche Weise festlegen, außer daß die durchschnittlichen Stückkosten die Grundlage wären und die Gewinnspanne von den Investitionsbedürfnissen der Wirtschaft bestimmt wird. Je höher das Investitionstempo, das sich aus der durch den Planungsprozeß festgelegten Strategie ergibt, desto höher die Gewinnspanne. Die Gewinnspanne könnte in den einzelnen Industriezweigen variieren, um einen höheren Überschuß dort zu erreichen, in denen die Strategie eine Expansion vorsieht, und einen geringeren Überschuß dort, wo Expansion unerwünscht ist. Dies ist die von Kalecki (1986) übernommene Vorgehensweise zur Preisbildung und unterscheidet sich von Langes trial-and-error-Verfahren insoweit, als es nicht darauf abzielt, Preisnormen festzulegen, die den Markt befriedigen, sondern vielmehr Preisnormen zu schaffen, die eine Restrukturierung in der richtigen Richtung durch unterschiedliche Erträge in unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen ermutigt. Es erlaubt die Preisfestlegung für nicht standardisierte Einzelteile, die für einige Sektionen der Produktionsgüter-Industrie charakteristisch sind. Preisnormen könnten jährlich revidiert werden, aber es besteht kein Bedarf, sie alle zum gleichen Zeitpunkt zu revidieren. Zwischen den jährlichen Preisrevisionen könnten die Preise stabil bleiben. Die Revision würde dann darüber entscheiden, bis zu welchem Ausmaß Veränderungen in Kosten und Nachfrage (wie sich aus Lagerveränderungen ergeben) auch Preisveränderungen erforderlich machen. Das Ausmaß, in dem sich Kostensteigerungen in höheren Preisnormen niederschlagen, hinge von dem Ausmaß ab, in dem das Produktionsniveau in einem bestimmten Sektor erhöht, gesenkt oder aufrechterhalten werden muß. Der Preisbildungsprozeß wäre in dem Sinne transparent, als die Öffentlichkeit die Grundlage für die Festlegung der Preisnormen kennen würde und die tatsächlichen Preise an den Normen messen könnte. Es würde zu Leistung anreizen, weil die Normen in Beziehung zu den durchschnittlichen Kosten und Gewinnspannen stünden: eine Firma mit unterdurchschnittlichen Kosten könnte einen größeren Überschuß erzielen und hätte die Mittel zur Expansion oder für höhere Zulagen für ihre Belegschaft. Dies würde die Macht großer Unternehmen eindämmen, ihre eigenen Profite aufzublähen, indem sie die Profitspannen ihrer kleinen Zulieferanten beschneiden. Es würde auch der Tendenz entgegenwirken, daß Unternehmen versuchen, Profitspannen selbst dann aufrechtzuerhalten, wenn ihre Kapazität nicht völlig ausgelastet ist, und sich mit Preissenkungen zur besseren Kapazitätsauslastung zurückzuhalten; Tendenzen, die Unternehmen in kapitalistischen Wirtschaften kennzeichnen und die Möglichkeit fehlender Gesamtnachfrage vergrößern. Eine solche Vorgehensweise zur Festlegung von Preisnormen (verbunden mit einer Mischung aus Zuckerbrot und Peitsche, um die Einhaltung dieser Normen zu erreichen) würde die Durchführung der makroökonomischen Strategie erleichtern und die Möglichkeit einer Stagflations-Falle verringern. Das Vermeiden makroökonomischer Probleme und die Möglichkeit der Restrukturierung sind die wichtigsten Gründe, den Preisbildungsprozeß nicht vollständig in der Hand der Unternehmen zu belassen. Entscheidungen über das Niveau und die Zusammensetzung der Produktion und über die Materialauswahl blieben bei den Unternehmen (die ihrerseits Informationen durch die Netze erhalten), aber die Preisbildungsprozedur würde sozialisiert.

Die Durchführbarkeit dieser Vorgehensweise hängt offensichtlich von der Qualität der Information ab, die die Preis-Kommission erhält. Man kann sich Situationen vorstellen, in denen eine kleine Gruppe von Unternehmen einen Industriezweig dominiert und sich absprache, um der Preis-Kommission inflationierte Kosteninformationen zu liefern. Dies brächte ihnen höhere Überschüsse, als die Preis-Kommission vorsähe.

Gegen die Möglichkeit der Desinformation könnte eine Vielzahl von Maßnahmen eingesetzt werden: eine gut ausgestattete Inspektion mit Befugnissen zur Beschlagnahme von Firmenakten; die Verpflichtung, daß computerisierte Managementsysteme offenen Zugang gewähren; Maßnahmen, die es Unternehmen zu kompliziert und zu teuer machen würden, doppelte Bücher zu führen (oder Computerbänder oder -disketten etc.); und Maßnahmen, um neue Kräfte auf den Markt zu holen und die Möglichkeiten von Absprachen zu verringern (wie konkurrierende Gebote für Kontrakte von begrenzter Dauer). Die Preis-Kommission bräuchte beträchtliche Ressourcen – aber diese ließen sich durch die Umlenkung der Ressourcen gewinnen, die in kapitalistischen Ökonomien von finanziellen Institutionen auf dem Kapitalmarkt absorbiert werden. Die Fertigkeiten eines Investitionsanalytikers, der für eine Handelsbank arbeitet, wären genau das Richtige für die Preis-Kommission.

Netze zwischen Käufern und Verkäufern von Produktionsgütern hätten zwei besonders wichtige Funktionen: die Minimierung von Fluktuationen in der Kapazitätsauslastung aufgrund einer Investitionshäufung, wie sie für viele Zweige der Produktionsgüterindustrie sehr ausgeprägt auftreten kann, und die Verbreitung technischer Neuerungen. In kapitalistischen Ökonomien besteht ein beträchtliches Maß an Kooperation beim Entwurf und der Spezifikation von Produktionsgütern und der Ermittlung zukünftiger Investitionsbedürfnisse. In Reaktion auf die neuen elektronikgestützten Automationstechnologien scheinen die Netze zwischen Unternehmen in kapitalistischen Wirtschaften ihren Umfang zu erweitern, wozu nicht nur langfristige Verträge für bestimmte Produkte gehören, sondern auch die Integration des Design und der Planung. Manche Ökonomen beschreiben dies als Systemofaktur, in der die Produktionseinheit aus einem Bündel integrierter, jedoch getrennter Unternehmen besteht, die gemeinsam eine detaillierte Koordination der Produktentwicklung und der Produktionspläne entwerfen und dazu mikroelektronische Informationsverarbeitungs-Technologie nutzen (vgl. Kaplinsky 1985). Dies wird jedoch begrenzt durch das Recht von Privatunternehmen, ihre Informationen geheimzuhalten, wenn es ihnen einen Wettbewerbsvorteil verschafft. Im hier entwickelten Szenario einer sozialistischen Ökonomie gäbe es dieses Recht nicht. Öffentliche Unternehmen müßten die Informationen über ihre technologischen Innovationen und ihre Produktionspläne offenlegen, wenn sie öffentliche Anlagen benutzen wollen. Kooperativen und Haushalt-Unternehmen müßten ihre Informationen offenlegen, um Zugang zu den öffentlichen Märkten und Netzen zu erhalten. Um einen materiellen Anreiz für Innovationen zu schaffen, könnte eine Lizenzgebühr bezahlt werden, wenn Spezifikationen in einer Technologiebank niedergelegt werden, zu der alle Netz-Mitglieder Zugang hätten, und Unternehmen könnten Zuschüsse für Forschung und Entwicklung beantragen.

Aber der Wettbewerb durch Geheimhaltung würde so weit als möglich minimiert. (Unter diesem Aspekt käme die hier ins Auge gefaßte sozialistische Ökonomie den neo-klassischen Konkurrenzmodellen weit näher als jede kapitalistische oder marktsozialistische Wirtschaft: sie gehen davon aus, daß alle Technologien allen bekannt sind.)

Der Konsumgütermarkt

Viele der oben diskutierten Vorgehensweisen gälten auch für den Konsumgütermarkt. Hier möchte ich mich auf den Unterschied konzentrieren: die Tatsache, daß Haushalte die Käufer auf diesem Markt sind. Einerseits haben Haushalte nicht die gleichen Ressourcen oder Informationen wie Unternehmen. Wenn andererseits Haushalte eine eng gefaßte und detaillierte Politik verfolgen, den Einkauf jedes einzelnen Artikels sorgfältig zu prüfen und die Interdependenzen in seinen Produktions- und Verbrauchsbedingungen außer acht lassen, werden sie sich häufig selbst schaden.²⁷ Ein sozialisierter Markt gäbe den Haushalten mehr Kenntnisse an die Hand und würde sie über die Interdependenzen zwischen ihrem Handeln als Produzenten und ihrem Handeln als Konsumenten aufklären.

Die von der Preis-Kommission gelieferte Information gäbe Haushalten die Möglichkeit zu erkennen, wie der Preis einer Ware gebildet wird: wieviel davon für jeden Produktionsschritt verwendet wird, der in den Preis eingeht, wie sich an jedem Punkt in der Produktionskette die Gewinnspannen und Kosten aufschlüsseln; wieviel Steuern oder Subventionen im Preis enthalten sind. Wenn ein Preis steigt, könnte den Haushalten erklärt werden, warum er steigt – welche Kosten gestiegen sind, welche Gewinnspannen erhöht wurden, um Anreize für die Expansion der Produktion zu bieten. Die Reaktion der Haushalte auf Preiserhöhungen ist ein kritischer Faktor sowohl in kapitalistischen als auch in real existierenden sozialistischen Ökonomien. In keinem dieser Systeme wurde den Haushalten genügend Informationen geliefert, um Preise einzuschätzen, um zu entscheiden, ob Preissteigerungen gerechtfertigt sind, oder um zwischen Veränderungen in relativen Preisen, die für die Neuanpassung der Ökonomie wichtig sind, und Erhöhungen im allgemeinen Preisniveau zu unterscheiden. Tatsächlich bedeutet das Festhalten an Niedrigpreisen, daß Anpassungen der relativen Preise nur im Zusammenhang einer allgemeinen Preiserhöhung möglich wurden. Kein Preissystem kann ein rationales System der Ressourcenverteilung hervorbringen, wenn die Preise nicht die gegenwärtigen Kosten und zukünftigen Investitionsbedürfnisse decken. Aber da die Preisbildung im Dunkeln liegt, ist es kein Wunder, wenn die Haushalte der Autorität mißtrauen (ob es sich nun um kapitalistische Unternehmen oder sozialistische Planer handelt), wenn sie bekanntgeben, daß Preiserhöhungen notwendig seien. Erforderlich ist nicht die detaillierte Information über *alle* Waren und Dienstleistungen; sie könnte für die Massenwaren geliefert werden, die einen großen Anteil an den Haushaltsausgaben ausmachen.

Zulieferernetze existieren in kapitalistischen Ökonomien bereits zwischen großen Einzelhandelsorganisationen und ihren Lieferanten, ähnlich denen bei den Produktions-

gütern. Tatsächlich bieten Einzelhändler wie Marks and Spencer, der Body Shop und Benetton ein sehr gutes Beispiel für Systemofaktur. Aber Haushalte sind in derartige Netze nicht integriert: ihnen bleiben nur die nebulösen Begriffe »unsichtbarer Handschlag« oder »objektive Kooperation«; und das läuft mehr oder weniger darauf hinaus, daß sie bei ihrem Lieferanten bleiben, solange die Preise nicht steigen. Um die relativ schwache Position der Haushalte als Verbraucher zu stärken, schlage ich vor, einen Verbraucherverband zu bilden, der als Netz-Koordinator fungiert, zwischen Haushalten und Unternehmen aus Produktion, Groß- und Einzelhandel von Konsumgütern und Dienstleistungen. Er würde Informationen über die *Qualität* der Güter und Dienste liefern, ebenso wie die Verbraucherverbände in einigen industrialisierten kapitalistischen Ländern tun; aber er würde mehr tun. Er würde auch Informationen liefern über die Bedingungen, unter denen Güter und Dienstleistungen erbracht werden, und über ihre Implikationen für die Umwelt. Haushalte, die keine Waren kaufen wollen, die unter bestimmten Bedingungen hergestellt werden, erhielten die dazu notwendigen Informationen. Waren, die unter »empfehlenswerten« Bedingungen produziert werden (sei es in bezug auf Ökologie, Geschlechterdiskriminierung oder humane Arbeitsbedingungen), könnten hervorgehoben werden. Der Verbraucherverband würde Haushalte dazu erziehen, die Implikationen ihre Einkäufe breiter zu überschauen als nur die unmittelbar notwendigen Einkäufe so billig als möglich zu tätigen. Das würde Haushalten helfen zu erkennen, daß das, was auf den ersten Blick und vom individuellen Gesichtspunkt aus als »guter Kauf« erscheint, langfristig alle möglichen schädlichen Folgen haben kann. Der Verbraucherverband würde so auf viele Sorgen der »Öko-Sozialisten« eingehen.

Die Tätigkeit des Verbraucherverbandes würde über diese erzieherische Funktion hinausgehen, denn er würde auch Dienstleistungen anbieten, um das Einkaufen zu erleichtern und den Haushalten zu ermöglichen, Einfluß auf Design und Spezifikation vieler Waren zu nehmen. Der Verband hätte überall Zweigstellen, wo die neuesten Informationen über die Verfügbarkeit von Waren und Dienstleistungen zur Verfügung stünden, die den Haushalten mittels Btx auch über Fernsehapparate übermittelt werden könnten. Der Einsatz elektronischer Technologie macht die Sammlung von Daten über die Warenlagerung einfach und schnell. Wenn ein Haushalt wissen will, wo am Ort er ein Paar dunkelblauer Kordhosen für einen neunjährigen Jungen kaufen kann, könnte der Verbraucherverband diese Information liefern und so die fruchtlose Suche in mehreren Läden ersparen. Der Verbraucherverband würde es den Haushalten auch ermöglichen, die Produktion bestimmter Güter anzuregen, anstatt nur auf die Initiative der Lieferanten reagieren zu müssen. Zum Personal des Verbandes würden nicht nur Fachleute für Verbraucherrecht und Verbraucherschutz gehören, sondern auch Designer und Ingenieure, die unbefriedigte Bedürfnisse identifizieren und entsprechend mit Lieferanten verhandeln würden. Natürlich versuchen Lieferanten ungenutzte Verkaufsmöglichkeiten zu identifizieren, aber das ist nicht ganz das gleiche, denn sie haben ein eingebautes Motiv, Bedürfnisse so zu befriedigen, daß es den höchsten Gewinn für sie bewirft. Es ist schwierig für Haushalte, den besten Weg zu bestimmen, wie ihre Bedürfnisse befriedigt werden, wenn sie nicht die Bandbreite

technischer Möglichkeiten kennen: Die Spezifikation von Bedürfnissen ist abstrakt häufig schwierig, und viel leichter, wenn eine Bandbreite klarer Möglichkeiten bekannt ist. Natürlich gibt es einen potentiellen Konflikt zwischen der Ökonomie der Zahl und kundenfreundlichen Produkten, die besondere Bedürfnisse befriedigen sollen. Aber dieser Konflikt wird verringert durch die Entwicklung flexibler Spezialisierung, den Einsatz von Maschinen mit der Kapazität, ohne Neueinrichtung die Produktion zu wechseln.

Alle Unternehmen, die Haushalten Güter und Dienstleistungen verkaufen oder sie produzieren wollen, müßten beim Verbraucherverband registriert sein und die Informationen über ihre Produkte und Produktionsmethoden offenlegen, wie auch über den Lagerstand – Informationen, die sie ohnehin zu ihren eigenen Zwecken benötigen. Ein großer Teil der in kapitalistischen Ökonomien für Marktforschung und Werbung verwandten Ressourcen könnte in den Verbraucherverband umgeleitet werden, dem die Ökonomie der großen Zahl und reduzierte Transaktionskosten zugute kämen. Es ist wesentlich, daß der Verbraucherverband aus Steuermitteln bezahlt wird, um seine Unabhängigkeit zu garantieren und zu verhindern, daß er »harte Verkaufstechniken« für seine eigenen Zwecke einsetzen muß.²⁸

Es gäbe Konkurrenz in dieser Ökonomie, aber es wäre begrenzte Konkurrenz, und die Grenzen wären enger als in jeder kapitalistischen Ökonomie. Natürlich gäbe es Schutzgesetze für Gesundheit, Sicherheit und Umwelt, wie auch für die Rechte der einzelnen Beschäftigten oder Verbraucher. Aber zusätzliche Grenzen lägen in dem unabhängigen Zugang der Haushalte zu den Lebensmitteln, und im Fehlen des Privateigentums an Information. Dieser letztere Mangel würde die Innovation nicht behindern, da die Technologie-Bank Lizenzgebühren zahlen würde. Jedenfalls sind Extraprofite nicht der einzige Ansporn zur Innovation: mehr Freizeit, leichtere Arbeit, sozialer Respekt, das schiere Vergnügen an neuem Wissen und der Lösung von Problemen sind alles mächtige Anreize. Darüber hinaus würde der Regulator der öffentlichen Unternehmen die Neuerungsbilanzen von Arbeiterteams zu Rate ziehen, wenn er entscheiden soll, wer die Verträge zum Betrieb neuer Unternehmen bekommen soll, und wie die Restrukturierung stattfinden sollte.

Koordination und bewußte Kontrolle

Ich möchte nun zusammenfassen, wie ich mir vorstelle, daß die sozialistische ökonomische Koordination stattfindet. Zunächst wäre das Ziel der Koordination kein von vornherein bestehendes Gleichgewicht, in dem Angebot und Nachfrage übereinstimmen, bevor die Produktion stattfindet. Das ist ein unmögliches Ziel. Das Problem der Koordination durch den privaten Markt liegt nicht in ihrem Scheitern, dieses Ziel zu erreichen, sondern in ihrer Unfähigkeit, die Anpassung in die richtige Richtung zu lenken. Es gibt eine Vielzahl von Gründen, warum sich selbst finanzierende Unternehmen die Preise für reichhaltig vorhandene Waren nicht notwendigerweise senken und für gefragte Waren erhöhen. Kalecki suchte das Festhalten an Preisen mit oligopolistischen Absprachen zu erklären; in neuer Zeit suchen keynesianische und institu-

tionalistische Ökonomen nach anderen möglichen Ursachen, die mit den Informations- und Transaktionskosten einer Marktökonomie zusammenhängen. Das Scheitern der Anpassung auf dem Mikro-Niveau des Marktmechanismus liegt den makroökonomischen Problemen der Arbeitslosigkeit und Inflation zugrunde, die für Sozialisten von großer Bedeutung sind. Mikro- und makroökonomische Probleme können nicht getrennt behandelt werden. Daher liegt das Ziel in einem Koordinationsprozeß, der Arbeitslosigkeit und Inflation zu vermeiden hilft, während er gleichzeitig Produktivitätszuwächse und die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse fördert.

Ökonomische Gesamtplanung muß eine entscheidende Rolle bei der Festsetzung der Parameter spielen, innerhalb deren einzelne Unternehmen operieren, wie auch bei der Antizipation wichtiger Interdependenzen. Aber sie nähme die Form einer Leitlinie an, einer Vision der Zukunft, nicht einer Vorgehensweise zur detaillierten Zuweisung materieller Inputs. Die Planer im Zentralbüro für Wirtschaftsplanung würden sich auf die Informationsnetze von Käufern und Verkäufern von Schlüsselressourcen stützen, um alternative Szenarios zu entwerfen, von denen eines durch einen demokratischen politischen Prozeß ausgewählt werden könnte. Fiskal- und monetäre Politik würden bei der Plandurchführung eine wichtige Rolle spielen; aber das gälte auch für die Gegenseitigkeit, den goodwill und die Überzeugungsarbeit, wie es in der japanischen ökonomischen Koordination der Fall ist.

Unternehmen wären *nicht* bindenden administrativen Direktiven von Ministerien unterworfen, obwohl sie – wenn sie nicht Kooperativen oder selbständig wären – in öffentlichem Eigentum stünden und dem Regulator der öffentlichen Unternehmen unterstünden. Beschäftigte von Unternehmen in öffentlichen Sektoren hätten Nutzungs-, aber keine Eigentumsrechte, und solche Unternehmen würden sich selbst finanzieren. Die Umverteilung der Arbeitskraft zwischen Unternehmen würde durch den Regulator organisiert. Unternehmen könnten ihre Lieferanten und Kunden frei wählen, aber ihre Beziehungen untereinander und zu den Haushalten wären vermittelt durch Preis- und Lohn-Kommissionen und Netz-Koordinatoren, einschließlich eines Verbraucherverbandes. Unternehmen kämen und blieben mit Kunden und Lieferanten in Kontakt durch öffentliche Kanäle, die aus Steuermitteln finanziert würden; und diese Kanäle wären offene Informationskanäle. Die Preis- und Lohnbildung wäre transparent, ebenso der Entwurf von Produkten und Produktionsprozessen. Die Schranken für den Informationstransfer, die durch private Märkte aufgerichtet werden, fielen fort.

Ein derartiges System der Koordination erfordert keine simultane Verarbeitung großer Informationsmengen von der Art, wie sie für die zentrale Planung notwendig ist (die selbst mit der neuesten Computertechnologie für unmöglich erklärt wird). Es erfordert eher das Sammeln und Verarbeiten in angemessenen Intervallen und kleineren Mengen von Informationen, die in den Unternehmen ohnehin vorliegen, wie Stückkosten und Lagerzahlen, sowie Prozeß- und Produktbeschreibungen. Die Schranke dafür ist nicht technischer Art: das gegenwärtige Niveau der Mikroprozessoren-Technologie kann sicherlich diese Art der Informationsverarbeitung sehr schnell bewältigen. Arme Länder können elektromechanische Instrumente einsetzen (oder sogar Re-

chenbretter) und im Ausmaß und der Tiefe der Sozialisation des Marktes differenzieren. Das öffentliche Informationssystem wäre nicht zusätzlich, sondern würde die unzähligen fragmentierten Operationen privater Unternehmen ersetzen und dadurch wegen der Ökonomie der großen Zahl beträchtliche Einsparungen erzielen. Die Schranke ist nicht technischer Art: sie ist sozial und politisch. Wer Machtpositionen zu bewahren hat, wird sich der Offenlegung der Informationen widersetzen. Es gibt kein unfehlbares Rezept für die Durchsetzung der Offenlegung, aber in einer Ökonomie, in der die Möglichkeit zur Initiative weit verstreut ist, und in der es keinen Kapitalmarkt für den Kauf oder Verkauf von Unternehmen gibt, wird der gegenseitige Nutzen offengelegter Informationen eher erkannt werden.

Der öffentliche Zugang zur Information ist der Schlüssel zu der bewußten Kontrolle der Ökonomie. Es gab unter Marxisten (schon bei Marx selbst) eine Tendenz, die bewußte Kontrolle als Sammlung aller relevanten Informationen an einem Punkt der Entscheidung zu verstehen und als einen Entscheidungsprozeß unter voller Kenntnis aller Querverbindungen und Verzweigungen. Das ist ein unmögliches und auch ein unerwünschtes Ziel. Die bewußte Kontrolle wird besser interpretiert als öffentlicher Zugang zu allen verfügbaren Informationen über das Produkt und seinen Preis, so daß jeder Entscheidungsträger den gleichen Zugang zu den gleichen Informationen hat. Dies hat Implikationen für die Frage, wie wir vom jetzigen Zustand zu der Art sozialistischer Ökonomie kommen, die ich im Auge habe. In kapitalistischen Ökonomien scheint mir entscheidend, die kapitalistischen Vorrechte in bezug auf die Information anzugreifen und mit der Herausbildung von Netzen zu beginnen, die denen in einer sozialistischen Wirtschaft benötigten vorbildhaft vorausgehen.²⁹ Ein ganzer Wust von Fragen – von der Marktregulierung, restriktiven Praktiken und Kartellen, Umweltfragen, Verbraucherschutz bis hin zu industrieller Demokratie und nationalen Industriestrategien, zu offener Regierung – könnte in eine zusammenhängende Kampagne rund um den offenen Zugang zur Information organisiert werden. Innerhalb dessen müssen die Prioritäten aus der Sicht jener mit dem geringsten Zugang zu und Kontrolle über Information ausgewählt werden, aus der Sicht der Menschen mit der schlechtesten Ausbildung, die im allgemeinen auch die ärmsten sind. Dies hätte den Vorteil, moralisch in die Vorderhand zu kommen und nicht nur Sozialisten, sondern auch ein breites Spektrum von Nicht-Sozialisten anzusprechen und zugleich die Fähigkeit des Kapitals zur Ausbeutung der Arbeitskraft in ihrem Kern anzugreifen. In den real existierenden sozialistischen Ökonomien scheint am wichtigsten, sowohl die Vorrechte der Bürokratie *als auch* die Vorrechte des Unternehmensmanagements in bezug auf Information anzugreifen. Glasnost ist sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung – aber sie muß noch viel weiter gehen. Der Marktsozialismus selbst verstärkt und erweitert die Macht des Unternehmensmanagements auf Kosten der einfachen Arbeiter. Maßnahmen zur Schaffung von Märkten müssen mit Maßnahmen zur Sozialisierung der Märkte einhergehen.

Übersetzung: Meino Büning

Anmerkungen

- 1 Ich danke den Teilnehmern an Seminaren der Universität von Manchester und der New Left Review für ihre Kommentare zu einer früheren Fassung; mein besonderer Dank für detaillierte Hinweise gilt Andrew Glyn, Ben Fine, Geoff Hodgson und Ian Steedman.
- 2 Unter den Ausnahmen ist zu nennen der Greater London Council, »The London Labour Plan«, 1988
- 3 Nove (1983). Soweit nicht anders angegeben, beziehen sich alle Hinweise auf Nove auf dieses Buch. Vergleiche jedoch auch: Nove (1987).
- 4 Solche Überlegungen lagen dem neueren Gemeinde-Sozialismus in Großbritannien zugrunde. Siehe Mackintosh und Wainwright (1987).
- 5 Andere neuere Arbeiten zur Organisation einer sozialistischen Ökonomie kamen zu ähnlichen Schlußfolgerungen hinsichtlich der Vorteile und der Unausweichlichkeit des Marktes. Geoff Hodgson zum Beispiel, der auf Fragen der Arbeiterbeteiligung an der Produktionsorganisation und der Demokratisierung der Planung weitaus mehr Gewicht legt als Nove, besteht auch darauf, daß »die Dezentralisierung der Kontrolle über die Industrie unvermeidlich die Einführung eines Marktmechanismus bedeutet; realistische Alternativen wurden nicht gefunden«. (Hodgson 1984, S. 174).
- 6 In Jugoslawien, wo der Markt eine weitaus größere Rolle spielte als in anderen Ländern des real existierenden Sozialismus, gibt es Hinweise auf Zentralisation und Konzentration. 1970 vereinigten die 150 größten Unternehmen in Industrie und Bergbau 45,1 Prozent der Gesamtumsätze und 33,7 Prozent der Gesamtbeschäftigung auf sich. 1977 waren diese Anteile auf 70,1 und 48,3 Prozent gestiegen. Von 1965 bis 1967 waren 12 Prozent der jugoslawischen Unternehmen an Fusionen beteiligt, und in den siebziger Jahren setzte sich die Fusionswelle fort. (Zimbalist und Sherman 1984, S. 429). Obwohl Nove einige Mängel der jugoslawischen Erfahrung diskutiert, gehören diese Zahlen nicht dazu.
- 7 Diesen Mangel haben in neuerer Zeit Hodgson (1988) und Lachmann (1986) diskutiert.
- 8 Zu den wenigen Ausnahmen gehören Moss (1981) und Helm (1986).
- 9 Eine Untersuchung der Reaktion einer jugoslawischen Textilfirma auf die Reformen von 1965 zeigt, daß ihre Marketing-Abteilung innerhalb eines Jahres von weniger als zwölf auf 39 Beschäftigte anwuchs. Die Notwendigkeit, schneller auf den unstabilen Markt zu reagieren, und die Bemühungen, die Marktbedingungen zu beeinflussen, führten zu einer steigenden Konzentration der Entscheidungen in einem wachsenden mittleren Management, trotz formaler Bestimmungen über die Arbeiterbeteiligung. Zimbalist und Sherman, a.a.O., S. 139.
- 10 Murray (1987) zitiert eine Schätzung, wonach 175000 Menschen allein in London an verschiedenen Aspekten der Planung in der Privatwirtschaft beteiligt sind, einschließlich Ökonomen, Buchhaltern, Investitionsanalytikern, Designern und Firmenplanern, ohne auch nur das Hilfspersonal wie Sekretärinnen und Datenverarbeiter mitzuzählen.
- 11 Obwohl jedoch, wie Sen (1984, S. 93-94) schreibt, Märkte tatsächlich auf der Grundlage einer gewissen Kongruenz der Interessen funktionieren, kann der Marktmechanismus nicht die Interessenkonflikte zwischen Käufern und Verkäufern über die Verteilung der Erträge lösen.
- 12 Hayek betont auch den dynamischen Nutzen des Marktmechanismus und weist Paretos Optimalität als Rahmen für die Bewertung zurück.
- 13 Vergleiche zum Beispiel Sen (1984), Einleitung und Kapitel 4.
- 14 Diese Art der Interdependenz wurde als »Geld-« oder »dynamische« Externalität bezeichnet. Siehe Scitovsky (1954).
- 15 Für detailliertere Hinweise zu dieser Frage siehe Hirsch (1977, insbes. Kapitel 10).
- 16 »Auf dem Wettbewerbsmarkt ... werden Vertrauen und langfristige Kooperation, obwohl sie in gewissem Ausmaß vorhanden sind, durch die Konkurrenz zwischen den vielen verschiedenen und wechselnden Agenten ausgehöhlt. Der Markt wird von einer wechselnden und flüchtigen Menge bevölkert, wo jedes Individuum seine oder ihre Ziele weitgehend gemäß der offenen Berechnung von Profit und Verlust verfolgt« (Hodgson, a.a.O., 1988, S. 210).
- 17 Eine kritische Diskussion dieses Begriffes der Anpassung ist zu finden bei Duménil und Lévy (1985).
- 18 Ein Vergleich des neo-klassischen und des österreichischen Ansatzes findet sich bei Lavoie (1985).
- 19 Die nützliche Unterscheidung zwischen allgemeiner und einseitiger Abhängigkeit macht Marx in »Die deutsche Ideologie«.

- 20 Auf diese Parallele zwischen neo-klassischer Ökonomie und der Ökonomie vieler orthodoxer Marxisten hat Geoff Hodgson, a.a.O., 1984, S. 158, hingewiesen.
- 21 Bei meiner Überarbeitung bin ich Michael Barratt Brown zu Dank verpflichtet.
- 22 Siehe zum Beispiel Artikel von von der Veen und Parijs, Olin Wright; Nove und Elster in »Theory and Society«, Bd. 15, Nr. 5, 1986, sowie auch Purdy (1988).
- 23 Vergleiche die Debatte in »Theory und Society«, a.a.O.
- 24 Eine weitergehende Erörterung der Innovation in Formen der Organisation im öffentlichen Sektor findet sich bei R. Murray, a.a.O.
- 25 Der Gedanke der interaktiven Preisbildung findet sich in Langes Modell der sozialistischen Ökonomie, aber Langes Preisbildung unterscheidet sich von der hier vorgeschlagenen. Siehe Lange (1972).
- 26 Für eine andere Perspektive des Potentials von Informationsnetzen bei der Organisation einer sozialistischen Ökonomie siehe Michael Barratt Brown (1988).
- 27 Hirsch (1977) bietet viele Beispiele zur Illustration dieses Punktes.
- 28 Ironischerweise greift inzwischen der britische Verbraucherverband, der sich aus Beiträgen finanziert, zu solchen Techniken, um neue Mitglieder zu gewinnen.
- 29 Ein Beispiel für ein »Pilot«-Netz liefert Twin Trading, das unter der Leitung von Michael Barratt Brown Produzenten und Verbraucher verschiedener Güter und Dienstleistungen in Großbritannien und einer Vielzahl von Ländern der Dritten Welt miteinander verbindet.

Literatur

- Auerbach, P./Desai, M./Shamsavari, A. (1988): The Dialectics of Market and Planning, in: *New Left Review* 170
- Barratt Brown, M. (1988): *Information Networks*, mimeo
- Bhaduri, A. (1986): *Macroeconomics – The Dynamics of Commodity Production*, London
- Devine, P. (1988a): *Democracy and Economic Planning*, Oxford
- Devine, P. (1988b): Market Mania of the Left, in: *Marxism Today*, June
- Dietrich, M. (1986): Organizational Requirements of a Socialist Economy: Theoretical and Practical Suggestions, in: *Cambridge Journal of Economics*, Vol. 10, no. 4
- Dorc, R. (1983): Goodwill and the Spirit of Market Capitalism, in: *British Journal of Sociology*, Vol. 34, No. 4
- Duménil, G./Lévy, D. (1985): The Classics and the Neo-Classicals: a Rejoinder to Frank Hahn, in: *Cambridge Journal of Economics*, vol. 9, no. 4
- Folbre, N. (1986): Cleaning House: New Perspectives on Households and Economic Development, in: *Journal of Development Economics*, vol. 22
- Hannah, A. (1985): Fully Interlocking, in: *Times Literary Supplement*, 28. July
- Helm, D. (1986): Price Formation and the Costs of Exchange, in: M. Baranzini/R. Scazzieri (eds.): *Foundations of Economics*, Oxford
- Hirsch, F. (1977): *Social Limits to Growth*, London
- Hodgson, G. (1984): *The Democratic Economy*, Harmondsworth
- Hodgson, G. (1988): *Economics and Institutions*, Oxford
- Kalecki, M. (1986): *Selected Essays on Economic Planning*, Oxford
- Kaplinsky, R. (1985): Electronic-based Automation Technologies and the Onset of Systemofacture, in: *World Development*, Vol. 15, No. 3
- Keynes, J.M. (1973): *The general Theory of Employment, Interest and Money*, London
- Lachman, L.M. (1986): *The Market as an Economic Process*, Oxford
- Lange, O. (1972): On the Economic Theory of Socialism, in: A. Nove/D. Nuti (eds.): *Socialist Economies*, Harmondsworth
- Lavoie, D. (1985): *Rivalry and Central Planning*, Cambridge
- Mackintosh, M./Wainwright, H. (1987): *A Taste of Power: The Politics of Local Economics*, London
- Mandel, E. (1986): In Defense of Socialist Planning, in: *New Left Review* 159
- Mandel, E. (1988): The Myth of Market Socialism, in: *New Left Review* 169

- Marx, K. (1972): *Das Kapital, Bd. I*, MEW 23
- Moss, S. (1981): *An Economic Theory of Business Strategy. An Essay in Dynamics without Equilibrium*, London
- Murray, R. (1987): Ownership, Control and the Market, in: *New Left Review 164*
- Nove, A. (1983): *The Economics of Feasible Socialism*, London
- Nove, A. (1987): Markets and Socialism, in: *New Left Review 161*
- Okun, A. (1981): *Prices and Quantities: A Macroeconomic Analysis*, Washington
- Purdy, D. (1988): *The Theory of Wages*, London
- Robinson, J. (1972): Consumer's Sovereignty in a Planned Economy, in: A. Nove/D. Nuti (eds.): *Socialist Economics*, Harmondsworth
- Scitovsky, T. (1954): Two Concepts of External Economics, in: *Journal of Political Economy*
- Sen, A.K. (1984): *Ressources, Values and Development*, Oxford
- von Hayek, F. (1937): Economics and Knowledge, in: *Economica*, new series 4
- Zimbalist, A./Sherman, H.J. (1984): *Comparing Economic Systems*, Orlando